Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verantwortlich für die Redaktion: Max Seydewitz, für den Anzeigenteil: Rudolf Kochanski, sämtlich in Halle. — Redaktion: Halle, Große Brauhausstraße 17, Fernsprecher Nr. [illegible]. — Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. in Halle, Große Ulrichstraße 27.

Bezugspreis: Monatlich 1.25 Mark. Beim Abholen aus einer der Geschäftsstellen 1.15 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 2.70 ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pfg. Anzeigengebühr: Die 7gespaltene Kolonelzeile 30 Pfennig, Inserate von auswärts 40 Pfennig im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. — Verlag und Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernsprecher 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 38. **Halle, Freitag, den 14. Februar 1919.** **3. Jahrgang.**

Scheidemann entwickelt das Programm der Regierung.

Nach unendlichen Verhandlungsschwierigkeiten, welche die Unfruchtbarkeit der Zentrumsfraktion gemacht hatte, konnte endlich heute um 3 Uhr zu Beginn der Sitzung der Nationalversammlung Reichspräsident Ebert die vollständige und endgültige Liste des neuen Kabinetts mitteilen. Die Sozialdemokratie hat noch im letzten Augenblick das Reichsernährungsamt mit übernehmen müssen, während das Zentrum auf das Reichspostamt und das (einstweilen unwirtliche) Reichskolonialamt beschränkt blieb. Der sozialdemokratische Einschlag im Kabinett ist dadurch noch größer geworden.

Das Regierungsprogramm trug in einer wahrhaft glänzenden Rede Scheidemann vor. Es besteht aus vollständiger ehrlicher Demokratie auf allen Gebieten und Sozialisierung aller hierzu reifen Betriebe, insbesondere des Bergbaues und der Erzeugung von Energie. Scheidemann fügte hinzu, den Rechenschaftsbericht der provisorischen Regierung, die vom 9. November bis zum 12. Februar die Geschäfte geführt hat. Dieser Rechenschaftsbericht war eine gründliche und trotz der Zurückhaltung der Form beinahe grausam zu nennende Abrechnung mit den Unabhängigen und ihrem hilflosen Schwanken zwischen dem ehrlichen demokratischen Bekenntnis der alten Sozialdemokratie und dem Spartakismus der Gewaltpolitiker. In großer historischer Darstellung wies Scheidemann nach, wie Deutschland in die Niederlage hineinkam, und wie es mitten in der Katastrophe noch die Kraft fand, sich wenigstens frei zu machen. Gegen die brutale Machtpolitik der Entente oder gewisser Leute der Entente fand er so treffende und kräftige Worte wie einst gegen unsere Alldeutschen, als ihre Erobererungssucht in den Tagen des deutschen Glücks eine Weltgefahr war. Mit einem freudigen Bekenntnis zum Sozialismus und zu [illegible] werben, schloß der neue Reichsministerpräsident, den diese Rede wiederum als einen Meister der Politik und der parlamentarischen Sprechkunst erweisen hat.

Aus dem Hause kamen der Zentrumsmann Gröber und der Demokrat Naumann zu Wort. Gröber betont gestissentlich und absichtlich, zur großen Freude der Unabhängigen, daß genau wie die Sozialdemokratie sozialdemokratisch auch das Zentrum das alte Zentrum geblieben wäre. Aber Naumann setzte treffend hinzu, auch die bürgerlichen Demokraten seien die alten geblieben, nur seien die alten Parteien nach der Revolution nicht mehr das, was sie vor der Revolution gewesen seien. Er lehnte mit Gröber den Sozialismus in parteipolitischem Sinne ab, gab aber zu, daß Sozialismus die Lebenslust unseres Volkes geworden sei, daß ohne ihn kein Wiederaufbau denkbar wäre.

Mit einer fürchterlichen Abfuhr der Unabhängigen durch Erzberger schloß die Debatte für heute. Vor ihrer morgigen Fortsetzung ist die neue Präsidentenwahl, da David nach seinem Eintritt in das Kabinett den Präsidentenposten niedergelegt hat.

Der Sitzungsbericht der 6. Sitzung am 13. Februar.

Alterspräsident **Haußmann** eröffnet die Sitzung um ¾4 Uhr und teilt mit, daß Präsident **David** sein Amt wegen seines Eintritts in die Regierung niedergelegt hat. Ferner verliest Haußmann ein Schreiben des Reichspräsidenten **Ebert**, worin dieser dem Hause die Zusammensetzung des Reichsministeriums mitteilt. Präsident des Reichsministeriums ist **Scheidemann**, sein Vertreter und Reichsfinanzminister **Schiffer**, Reichsminister des Auswärtigen **Brockdorff-Rantzau**, Reichsminister des Innern Dr. **Preuß**, Reichsarbeitsminister **Bauer**, Reichswirtschaftsminister **Wissel**, Reichsernährungsminister **Robert Schmidt**, Reichskolonialminister Dr. **Bell**, Reichsjustizminister **Landsberg**, Reichswehrminister, dem auch das Reichsmarineamt unterstehe, **Noske**. Reichspostminister **Giesbert**, Minister ohne Portefeuille **David**, **Erzberger** und **Gothein**.

Das Reichsdemobilmachungsamt ist nur ein provisorisches, sein Leiter gehört dem Reichsministerium nicht an. Sein Leiter Dr. **Koeth** führt ebenfalls den Titel als Reichsminister des Demobilmachungsamtes.

Nachdem noch mitgeteilt wird, daß der Reichspräsident **Ebert** sein **Abgeordnetenmandat niedergelegt** hat, wird in die Beratung der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der neuen Reichsregierung, eingetreten.

Ministerpräsident Scheidemann:

Meine Damen und Herren! Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt mit der Bildung des neuen Ministeriums. Aus den Mitteilungen, die uns der Herr Präsident soeben gemacht hat, haben Sie ersehen, daß sich das neue Ministerium unter meinem Präsidium bereits konstituiert hat. Ich kann darauf verzichten, die Namen nochmals zu verlesen. Wir haben sie bereits gehört und ich will nur noch hinzufügen, daß diesem Kabinett auch der preußische Kriegsminister angehört. Das Programm des Ministeriums, umfassend die Aufgaben der nächsten Zukunft, erlaube ich mir hier mitzuteilen:

Arbeitsprogramm.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung ist der alleinige Träger der Reichsgewalt.

Festigung der Einheit des Reiches durch eine starke Zentralgewalt. Einheitliche Führung der Außenpolitik einschließlich der auswärtigen Wirtschaftspolitik.

I. Außenpolitik.

1. Herbeiführung **sofortigen Friedensschlusses.** Festhalten an den Grundsätzen des Präsidenten der Vereinigten Staaten unter Ablehnung jeden Gewaltfriedens.

2. Wiederherstellung eines **deutschen Kolonialgebietes.**

3. Sofortige Rückgabe der **deutschen Kriegsgefangenen.** (Bravo!)

4. Gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund. Gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung. Obligatorische Schiedsgerichte zur Vermeidung der Kriege. Abschaffung der Geheimdiplomatie.

II. Innenpolitik.

1. Demokratische Verwaltung. Beseitigung aller Bevorzugung bei der Besetzung von Beamtenstellen. **Heranziehung der Frauen** zum öffentlichen Dienste entsprechend den auf allen Gebieten vermehrten Frauenaufgaben.

2. **Hebung der allgemeinen Volksbildung** durch höchste Entwickelung des Schulwesens von unten auf. Jedem Kinde ist ohne Rücksicht auf Vermögensverhältnisse der Zugang zu den höchsten Ausbildungsstufen gemäß seiner Begabung zu ermöglichen. (Bravo!) Ertüchtigung der Jugend.

3. Schaffung eines auf demokratischen Grundlagen aufgebauten [illegible] Pflege (Kantine), Urlaub und Unterstützung, sowie bei Beschwerden. Entlassung der in den Kasernen befindlichen Soldaten, auch des Jahrgangs 1899. Auflösung der militärischen Behörden, die nur für den Krieg geschaffen sind, und der heute als überflüssig zu erachtenden Friedensbehörden. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere. Für die Uebergangszeit Bestätigung der bisher von den Soldaten gewählten Führer, soweit sich dieselben bewährt haben.

4. Ausreichende Fürsorge für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten.

5. Einheitliche Grundlage für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung und Ausgestaltung des Verkehrslebens unter völliger Wahrung des Reichsinteresses. Das Reich hat in engster Fühlung mit den beteiligten Kreisen regelnd und ausgleichend einzugreifen, damit das deutsche Wirtschaftsleben sich zum Wohle des ganzen Volkes entwickelt. Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer beschädigten mittleren und kleineren Gewerbebetriebe. (Bravo!)

6. Nationierung und Höchstpreise werden für die notwendigen Lebensmittel, und zwar für diejenigen, an denen wir Mangel leiden, vorerst aufrechterhalten. Die Freigabe der Verteilung der Lebensmittel und der Entfaltung des freien Handels erfolgt, sobald die Versorgung des Marktes so sichergestellt ist, daß Angebot und Nachfrage ihren Ausgleich finden können. Die Einfuhr wird nur insoweit beschränkt, als das mit Rücksicht auf unsere Finanzverhältnisse notwendig ist. Solange die Einfuhr der rationierten Lebensmittel vom Reiche staatlich geleitet wird, sind die Vertreter des Handels und der Verbraucher hinzuzuziehen.

7. Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwickelungsstande einen privat-monopolistischen Charakter angenommen haben, sind der öffentlichen Kontrolle zu unterstellen, soweit sie sich zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit eignen, insbesondere Bergwerke und Erzeugung von Energie und soweit sie zur einheitlichen Regelung durch die Gesamtheit (Sozialisierung) reif geworden sind, sind sie in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung oder auf Reichs-, Staats-, Gemeindeverbände oder Gemeinden zu übernehmen.

8. Die Koalitionsfreiheit ist für jedermann in der Verfassung festzulegen. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind zwischen den Organisationen der beteiligten Unternehmer, Arbeiter und Angestellten zu vereinbaren. Ihre Durchführung ist durch Vertretungen der beteiligten Arbeiter und Angestellten zu überwachen. Das gesamte Arbeitsrecht ist den neuen Verhältnissen anzupassen.

9. Auf sozialpolitischem Gebiete sind in Angriff zu nehmen die planmäßige Verbesserung der Wohngelegenheit, die Wohnungsfürsorge, der Ausbau des Mutterschutzes, der Säuglings- und Jugendfürsorge. Der Arbeiterschutz ist auf öffentlich-rechtlicher und parteipolitischer Grundlage zu regeln und für die Arbeitslosen, denen eine Arbeit nicht beschafft werden kann, ist zu sorgen.

10. Den Beamten sind die staatsbürgerlichen und beruflichen Rechte einschließlich des Koalitionsrechts zu sichern. Eine zeitgemäße Neuregelung der Besoldungs- und Pensionsverhältnisse ist durchzuführen. Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechts.

11. Sicherung der landwirtschaftlichen Erzeugung in [illegible] gemeinwirtschaftlichen und allen sonstigen solchen wirtschaftlich wertvollen Betriebsformen, insbesondere durch Pflege des Genossenschaftswesens. Schaffung von Ansiedlungen für Siedelungszwecke durch Bodenverbesserung und Heranziehung des Großgrundbesitzes nach vorwiegend wirtschaftlichen Grundsätzen, erforderlichenfalls durch Anwendung des Vorkaufsrechts oder durch Enteignung.

12. Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer. Heranziehung der Vermögen unter Freilassung der kleinsten zur Verminderung der Schuldenlast des Reiches. Die Einkommensteuerung ist tunlichst auf einheitliche Grundlagen zu stellen und nach sozialen und volkswirtschaftlichen Grundsätzen auszugestalten. Die Erbschaftsbesteuerung ist in der Richtung der schärfsten Besteuerung des Großbesitzes unter Berücksichtigung des Vermögens desselben auszubauen.

13. Sicherstellung der persönlichen und staatsbürgerlichen Rechte des einzelnen. Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsausübung. Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift. Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlung und Vereinigung.

Das erste Wort der ersten verantwortlichen Regierung der deutschen Republik ist ein Bekenntnis zu Ihnen, zum Gedanken der Volksherrschaft, der sich in dieser Versammlung verkörpert. Aus der Revolution geboren, hatte die provisorische Regierung den Beruf, das **geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren** und zum dauernden Besitz des ganzen Volkes zu machen. (Beifall bei der Mehrheit, Lachen bei den unabh. Soz.) Den Gedanken der Souveränität des deutschen Volkes, die der 9. November konstituiert hat, müssen wir stabilisieren [illegible] und Reich zu treuen Händen verwalten sollte, bis das Volk selbst in geordneter Abstimmung über sein Geschick entschied. Deshalb haben wir schon am 9. November die Wahl dieser verfassunggebenden Versammlung angekündigt und alle Widerstände niedergeschlagen, die sich dagegen erhoben. Darüber empfinden wir restlose Befriedigung. (Stürmischer Beifall und Widerspruch bei den unabh. Soz.) Die **Zeit der Gewaltherrschaft ist für immer vorbei.** Keine Macht der Welt darf es künftig wagen, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutasten. Mit besonderer Freude begrüßen wir die Frauen als gleichberechtigte Volksgenossen und Vertreter in dieser Versammlung. Aufgabe unserer Zeit soll es sein, die Politik menschlicher zu gestalten. Wer wäre dazu besser berufen als das Geschlecht, das niemals Waffen geführt hat. (Bravo!)

Von stolzer Höhe sind wir herabgestürzt, als man uns rief, gab es schon kein Halten mehr. Das Schlimmste für ein zur Niederlage bestimmtes Volk ist, daß es sich selbst belügen muß, wenn es sich nicht wehrlos ausliefern will. Wir waren zur Niederlage bestimmt. Denn zehn sind stärker wie einer. Als unsere Bundesgenossen zusammenbrachen, als die leichtsinnigen U-Boot-Prophezeiungen fehlschlugen, als der geniale Hasardeur des Weltkrieges Ludendorff mit dem Geständnis des Bankerotts vor uns trat (Lärm rechts), wer es miterlebt hat, wagt kein Wort des Widerspruchs, da fiel dem deutschen Volk die Binde von den Augen und taumelnd erkannte es die Wahrheit. Daß es in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alten Gewalten zu zertrümmern und die neue Ordnung aufzurichten, ist uns die beste Bürgschaft für die Zukunft dieses Volkes. Die alte Macht hatte jeden Widerstand aufgegeben. Das hat uns Ströme Blutes erspart — das Ergebnis wäre immer das gleiche gewesen. Sowohl der letzte Kanzler wie wir, die die furchtbare Last der Verantwortung übernahmen, standen unter dem Zwange der geschichtlichen Notwendigkeit. Am 10. November einigten wir uns mit den Unabhängigen, um, wenn möglich, die Revolution und tutig zum Ziele zu führen. Wie ernst diese Absicht war, zeigt die paritätische Besetzung der Regierung, während unser wirkliches Stärkeverhältnis bei den Nationalratswahlen 11:2 war. (Abg. Simon, unabh. Soz., ruft: Wird schon anders werden! Heiterkeit.) Das war der Geburtsfehler jener Kombination, sie war von vornherein belastet mit der Erbsünde gegen den Geist der Demokratie. (Sehr gut! Andauernder Lärm bei den Unabhängigen.) Toben Sie sich erst aus, dann fahre ich fort. Die Unabhängigen wollten mehr gelten, als ihnen nach der Zahl ihrer Anhänger zukommt. (Andauernder wüster Lärm bei den unabh. Soz.) Sie sollten doch wissen, daß mich **der Lärm nicht erschüttert.** Dieser Fehler wurde bei einem Teil von ihnen zur tragischen Schuld. Er wollte mit Gewalt die Macht an sich reißen und die Gegnungen des Sozialismus durch die Diktatur der Handgranaten und Maschinengewehre vorbereiten. (Sehr wahr!) Diese Verwirrung haben wir bekämpft **mit Worten, mit Taten, als sie zu wahnwitzigen Taten überging.** Wir haben damit nur unsere Pflicht getan. (Stürmischer Beifall.) Wir haben unser Programm, unsere Weltanschauung, die Ehre der Arbeiterklasse und die Zukunft des Sozialismus verteidigt, und so schwer auch dieser Kampf war, so entschlossen haben wir ihn durchgefochten — **unser Gewissen ist rein.** (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Wir haben zur Vermeidung des Bürgerkrieges alles getan, nicht zuletzt weil wir wußten, daß nach seiner Entfesselung Scheußlichkeiten auf beiden Seiten nicht zu vermeiden wären. Wenn [illegible] eines Krieges, der viele gelehrt hat, den Wert eines

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190214-18/fragment/page=0001

Menschenlebens gering zu schätzen, wahnwitzige Menschen den Bürgerkrieg entfesseln, muß man sich auf unaussdenkbare Schrecknisse gefaßt machen. Wir können nicht neben jeden Soldaten und wildgewordenen Spießbürger einen Minister stellen, der darauf achtet, daß er nicht über die Stränge schlägt. (Andauernder Lärm bei den unabh. Soz.) Die Regierung tut ihre Pflicht, indem sie dafür sorgt, daß das Gesetz nach beiden Seiten gleich gehandhabt wird, und das tut die Regierung. (Stürmischer Beifall.) Die Schuld liegt ausschließlich bei denen, die trotz aller Warnungen und Beschwörungen das Verderben entfesselt haben. (Sehr wahr!) Die Unabhängigen haben der Sache der Sozialdemokratie ungeheuer geschadet, indem sie sich von den Anhängern der Minoritätsrichtung nicht reinlich getrennt haben. (Lärm bei den unabh. Soz.) Ihre Schuld ist es wahrhaftig nicht, wenn schon heute die Nationalversammlung da ist. Sie sind die Gefangenen der Demagogie. Sie gehorchen dem lautesten Schreier. (Stürmischer Beifall und großer Lärm bei den unabh. Soz.) Diese Nationalversammlung kann nicht konterrevolutionär sein — sie wird die Errungenschaften der Revolution methodisch ausbauen. Das ist auch das Programm der gegenwärtigen ersten Regierung der deutschen Republik, die ihr Fortbestehen von Ihrem Vertrauen abhängig gemacht. Da am 19. Januar keine Partei die absolute Mehrheit erlangt hat, war die Bildung einer Regierung aus mehreren Parteien eine unausweichliche Notwendigkeit geworden.

Nach dem Willen dieser Regierung soll der Friede keine bloße Ermattungspause im Kriegszustand, sondern ein harmonisches Zusammenwirken aller Völker sein. Das erneuerte deutsche Volk und seine Regierung haben das Programm Wilsons in das Herz aufgenommen. Aber dann darf wenn uns keine Sklaverei auferlegen, muß uns im neuen Vaterland nach freier Selbstbestimmung Deutsche und als Deutsche frei sein lassen. (Stürmischer Beifall.) Die neue Welt kann nur gedeihen, wenn keines ihrer Glieder in Not und Schmach verkümmert. Der Kriegswahnsinn muß ausgerottet werden, daß das Unglück des einen Volkes das Glück des anderen sei. Ein niedergetretenes ewig hungriges Deutschland wäre für die ganze Welt ein Unglück und eine Gefahr. Deutschland kann der Welt mehr geben als es ihr genommen hat, wenn man ihm die Arme frei läßt. (Sehr wahr!) Wir haben nicht deshalb zur Zeit der militärischen Erfolge Deutschlands unsere Alldeutschen bekämpft, damit wir jetzt wie stumme Hunde aus dem Machtgebot der Alldeutschen im Feindesland unterwerfen. Mit dieser Machtpolitik kann man uns vielleicht zum Frieden zwingen, aber nie werden wir einen solchen Frieden als ehrlich und gerecht anerkennen. (Lebh. Beifall.) Nur auf freiem Willen und ehrlicher Ueberzeugung läßt sich ein Friedensbund begründen. Man gebe endlich unseren Kriegsgefangenen die Möglichkeit der Heimkehr. (Zuruf bei den U. Soz.: Geben Sie doch die Russen zurück!) Wir sind doch hier in der deutschen Nationalversammlung und nicht in der russischen Duma. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit — Großer Lärm bei den U. Soz.) Alle Neutralen, alle Menschen mit menschlichen Gefühlen müssen unsere Forderung unterstützen, müssen uns dazu helfen, eine neue Welt der Gerechtigkeit aufzubauen. Was in Deutschland gutgemacht wird, wird auch der ganzen Welt zugute kommen. Wir müssen uns eine endgültige Versicherung geben, frei wie keine andere in der Welt. Auch im Heere soll jeder die volle Freiheit behalten, aber nie wieder darf eine Organisation der bloßen Gewalt über die Organisation des Rechts triumphieren. Es gibt keine anderen Soldaten mehr als Soldaten der Republik. (Stürmischer Beifall.) Die höchste Kommandogewalt hat niemand als das Volk selbst durch seine gewählten Vertreter. Auch im Heere ist jede politische Ueberzeugung frei, aber das Heer treibt keine Politik, weder monarchistische noch bolschewistische. (Stürmischer Beifall.)

Die Staatsverfassung ist nur Form, die Wirtschaftszustände sind ihr Inhalt. Wir erstreben die Beseitigung der Klassenunterschiede. Die sozialdemokratischen Mitglieder der Kabinetts bleiben Sozialisten und vertreten ihre Ueberzeugung. Aber die denken nicht daran, einen verfassungswidrigen Druck auf die Nationalversammlung auszuüben, die bleibt, bis das Volk selbst eine andere beruft. Was die Parteien im Kabinett zusammengeführt hat, war Deutschlands bittere Not. Möge nun die Not gute Kameraden schaffen. Bahn frei für alle deutschen Männer und Frauen, für alles, was aus der Tiefe zum Licht strebt. Bahn frei — dann werden wir es schaffen. (Stürmischer, langanhaltender, oft wiederholter Beifall.)

Abg. Graefer (Ztr.) erklärt u. a.: Es sind nun schon mehr als 4½ Monate, daß Deutschland um Frieden gebeten hat. Das ist [illegible] Geschichte der Welt noch niemals vorgekommen ist, das ein Volk um Frieden bittet und

mehr als 4½ Monate nicht einmal eine Antwort

auf diese Bitte erhält. (Lebhafte Zustimmung.) Redner erklärt sich im Namen des Zentrums auch heute gegen jede, auch französische und polnische Annexionsabsicht. Unsere Volksseele ist krank, sehr krank. Unser Volk muß zum Geiste der Arbeit und Pflichterfüllung zurückgeführt werden. Nur das kann uns wieder aufrichten. Die frühere Größe Deutschlands ist nicht durch militärische Gewaltleistungen errungen worden, sondern durch bürgerlichen Fleiß und Tüchtigkeit.

Abg. Naumann: In der Nationalversammlung gibt es nur zwei Mehrheitsmöglichkeiten: eine Mehrheit ohne Sozialisten nach rechts gerichtet und eine Mehrheit der bürgerlichen Parteien mit den Nichtbolschewistensozialisten. Die zwei Hauptaufgaben der Zeit können nicht erfüllt werden, wenn die Bürgerlichen allein zusammenstehen. Trotz der ziffernmäßigen Mehrheit würde mit der Rechten eine ordnungsmäßige Durchführung der Aufgaben jetzt nicht möglich sein. Da das Ausland mit uns Frieden machen will und muß, seitdem wir bittend geworden sind durch Uebertreibung des Krieges, so würde es unmöglich sein, daß eine Mehrheit mit der früheren Vaterlandspartei zusammengesetzt ist und daß wir damit den Frieden machen können. Wir haben keinen Kasten- und keinen Klassengeist mehr, wir sind ein Volk.

Ein Volk selbst aufzurichten ist ebenso eine technische Kunst wie ein moralischer Entschluß, beides möglich zu machen, darum unterstützen wir die Regierung.

Reichsminister Erzberger: Das zur Verfügungstellen unserer Schiffe war erste Voraussetzung für die Verlängerung des Waffenstillstands und die Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen. Das deutsche Eigentum ist gewahrt, die Schiffe sind nicht ausgeliefert. (Na, na! bei den Deutschnationalen.) Mit solchen Zwischenrufen schaden Sie dem deutschen Interesse und unterstützen Sie die Raubabsichten gewisser Teile der Alliierten. (Lebhafte Zustimmung.) Die Alliierten liefern Lebensmittel, aber nur gegen Kasse. Da das Finanzabkommen noch nicht zustandegekommen ist, können auch unsere Schiffe nicht auslaufen. Eine Politik der Nissen aber kann sich das deutsche Volk in diesem Augenblick nicht leisten. (Sehr wahr!) Ich bedauere das Zwischenruf, daß wie die zu russischen Kriegsgefangenen zurückstellen. Wir haben Hunderttausende zurückgeschafft, obwohl 50 000 Deutsche in Sibirien schmachten und es uns nicht einmal möglich ist, in irgendeinen Verkehr mit ihnen zu treten. Das ist die Schuld der Sowjetregierung. (Stürmisches Hört, hört!) Aber solche Zwischenrufe nehmen unseren Verlangen nach Rückgabe der deutschen Gefangenen Kraft und Nachdruck. (Stürmischer Beifall.)

Nächste Sitzung morgen Freitag nachmittag 2 Uhr. Wahl des Präsidenten und eines Vizepräsidenten der Nationalversammlung. Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung.

Tagesgeschichte.

Die „unerschrockenen", „prinzipiellen" Unabhängigen.

„An das revolutionäre Proletariat Deutschlands" richtet sich ein Aufruf, den die Parteileitung und Fraktion der U. S. P. D. an der Spitze des Vorwärts veröffentlichen. Die Unabhängigen führen darin etwa die entgegengesetzte Sprache, wie vor sechs Wochen, als sie noch in der Regierung saßen. Während sie damals für die Schwierigkeiten in der äußeren und inneren Lage volles Verständnis hatten, stellen jetzt die Mehrheitssozialisten für alles verantwortlich sein.

Der Aufruf arbeitet mit ungeheuren Verdrehungen. So wird Ebert, Scheidemann, Noske, Landsberg vorgeworfen, sie stützten sich nur auf die Gewalt der Waffen. Das wagen die Unabhängigen nach dem Ausfall der Wahlen zur Nationalversammlung zu schreiben, bei denen die Mehrheitspartei 11 Millionen Stimmen, die U. S. P. D. nur 2 Millionen Stimmen erhielt. Einige Absätze später wird denselben Ebert, Scheidemann usw. vorgeworfen, daß sie ein Ministerium unter Heranziehung der bürgerlichen Parteien bilden. Also während eben die angeblich Militärdiktatur das Verbrechen der mehrheitssozialistischen Führer ist, wird ihnen unten als Verbrechen angerechnet, daß sie als gute Demokrat en die Konsequenz der Volksabstimmung ziehen, die bekanntlich keine reinsozialdemokratische Mehrheit ergeben hat. Wer damit da nicht an das alte Soldatenwort: Wie man's macht, ist's verkehrt!

Am Schluß preist die U. S. P. D. ihre „unerschrocken prinzipielle proletarische Politik". Wir überlassen diese Worte dem Hohngelächter der Roten Fahne, die sich bereits wöchentlich über den „Wechselbalg" der Doktoren Haase, Herding und Breitscheid lustig macht, die „das Rezept gefunden haben, wie man bürgerliche Demokratie und proletarische Diktatur einträchtig vereint". Der Spott der Roten Fahne ist von ihrer Seite ebenso berechtigt, wie die Kritik, die wir von der unseren an den Breitscheid-Hilferdingschen Plänen geübt haben. Tatsächlich war die „unerschrocken prinzipielle proletarische" Politik der Unabhängigen nie etwas anderes als ein unklares, ziellos es, schwächliches Hin- und Herschwanken zwischen der Mehrheitspartei und den Spartakisten, mit unvorhergesehenen Schwenkungen bald nach der einen, bald nach der anderen Seite, mit einem Wort: nationalliberal.

Der Fehlbetrag seit 9. November.

Nach einer Meldung der Telegraphen-Union wurde den Fraktionen der rechtsstehenden Partei bekanntgegeben, daß sich seit dem 9. November im Staatshaushalt des Reichs ein Fehlbetrag von fast 2½ Milliarden Mark ergeben habe.

Offenbar benutzt es sich wieder einmal um eine Meldung, mit der die reaktionären Parteien gegen die Revolution Propaganda machen wollen. Wir wissen nicht, ob die Meldung sachlich zutrifft, jedenfalls steht aber folgendes fest: Während des Krieges hat jeder Monat durchschnittlich weit über drei Milliarden, in den letzten Jahren über vier Milliarden Mark Fehlbetrag verursacht. Mit dem 9. November hörten die durch den Krieg verursachten Mehrausgaben natürlich nicht mit einem Schlage auf, im Gegenteil hat die Demobilisation mit ihren Folgeerscheinungen neue große Ausgaben verursacht. Wenn man bedenkt, daß trotzdem der Fehlbetrag in den Vierteljahr seit Ausbruch der Revolution weit geringer ist, als der eines Kriegsmonats, so erscheint diese Ausgabe keineswegs übermäßig hoch.

Die Deutsch-Demokraten zur Sozialisierung.

Der Vorwärts hatte am Montag darauf hingewiesen, daß die Sozialdemokratie in sozialpolitischen Fragen mitunter auf die Mitarbeit des Zentrums angewiesen sein werde, weil ein großer Teil der Deutschdemokraten mit dem Schlagwort „Gegen die Sozialisierung" in den Wahlkampf gezogen ist. Dazu schreibt die Vossische Zeitung:

Der „Schlachtruf" gegen die Sozialisierung ist vielleicht an dieser oder jener Stelle als Parole im Wahlkampf ausgegeben worden, doch kann es falls dies für die Millionen deutschdemokratischer Wähler im ganzen Reiche zu gelten gemacht. Weltfremden haben, wie der Vorwärts sehr wohl weiß, in der späteren politischen Arbeit keine Dauer wie Erz. sonst könnten die Sozialdemokraten mit dem im Wahlkampf Schulter an Schulter mit den äußersten Rechtsparteien stehenden Zentrum heute keine Regierung bilden. Für die sozialpolitische Haltung der Deutschdemokraten wird es auch von Bedeutung sein, daß hier so gut wie im Zentrum die Gewerkschaftssekretäre der demokratischen Arbeiter unter den Abgeordneten der in der Nationalversammlung sitzen.

Wir nehmen den zur Kenntnis, daß die Vossische Zeitung von dem Wahlkampf der Deutschdemokratischen Partei gegen die Sozialisierung, der stellenweise nach Ewern Richterschen Methoden geführt wurde, abrückt. Daß aber dieser Wahlkampf nur ein Schattenspiel war, müssen wir vor der Hand bezweifeln. Jedenfalls bleibt es abzuwarten, ob und wieweit die mehr sozialgerichteten Elemente unter den Deutschdemokraten deren Existenz keineswegs bezweifelt wird, sich in der Partei durchsetzen werden.

Keine Kohlenlose aber sonst genug.

Wie die Pariser Daily Mail berichtet machte Tardieu den Journalisten folgende Erklärung über die Kohlenabstimmung. Es besteht die Absicht, die Blockadefrage so zu lösen, daß den Neutralen möglichste Unsicherheit in der Einfuhr von Rohmaterialien gegeben wird. Die Neutralen müssen absolute Garantien geben, daß nichts von den Waren nach Deutschland kommt. Frankreich ist vollkommen einverstanden. Keine Rohmaterialien nach Deutschland kommen zu lassen. Da ein Drittel der französischen Industrie zerstört ist, würde man Deutschland in die Lage setzen, im Frieden die französische Industrie zum zweiten Male zu zerstören. Tardieu erklärte, daß die Alliierten in dieser Frage vollkommen einig seien. In der Frage der Ernährungsmittel dagegen wolle man sehr generös mit den feindlichen Ländern sein.

Offen gestanden, von dieser Generosität heben wir in Deutschland noch nicht das geringste gespürt. Im Gegenteil, wir empfinden, daß man in der täglichen Erfindung neuer Schwierigkeiten in der Nahrungsmittellieferung eine erstaunliche Routine besitzt. Der Haß des bürgerlichen Frankreichs gegen Deutschland ist unbegrenzt, und nur schwer und widerwillig läßt sich eben dieses bürgerliche Frankreich den Willen eines Völkerbundideotismus oktallen, der ebenso wie dem deutschen Militarismus, auch der französischen Revanchelust ein Ende machen will.

Vor den verschärften Waffenstillstandsbedingungen.

Berlin. Der Oberste Rat der Alliierten ließ der deutschen Obersten Heeresleitung am 10. Februar in Spa mitteilen, daß er von ihr eine Bestandsabgabe über das zurzeit in Deutschland vorrätige oder in den Fabriken in Arbeit befindliche Kriegsmaterial verlange, insbesondere über die Zahl der vorhandenen Maschinengewehre, der schweren und leichten Geschütze, der Flugzeugmotoren und der Seeflugzeuge. Er begründet diese Forderung mit der

Die Geschichte zweier Städte.

(12)

Roman von Charles Dickens.

Als Mr. Jarvis Lorry und Miß Manette in dieser Weise die Weinschenke verlassen hatten, gesellten sie sich Monsieur Defarge in dem Torweg bei, nach dem er soeben erst die andern Gäste gewiesen hatte. Es war der Aus ang eines stinkenden, kleinen, finsteren Hofes und der allgemeine Zugang zu einer großen Häusermasse, in der eine Unzahl Leute wohnte. In dem dämmerdunkeln, mit Ziegeln gepflasterten Eingang zu der dämmerdunkeln, mit Ziegeln gepflasterten Treppe ließ sich Monsieur Defarge auf ein Knie vor dem Kinde seines alten Herrn nieder und drückte ihre Hand an seine Lippen. Es war ein sanftes Beginnen, aber durchaus nicht fast getan; binnen wenigen Sekunden war eine sehr merkwürdige Umwandlung mit ihm vorgegangen. Es war seine Gutmütigkeit oder Offenheit mehr in seinem Gesicht zu sehen, sondern er war ein heimlicher, sorniger, gefährlicher Mann geworden.

„Es ist sehr hoch und schwer zu steigen. Besser, wir fangen langsam an", so sprach Monsieur Defarge in hartem Tone zu Mr. Lorry, wie sie anfingen, die Treppe zu ersteigen.

„Ist er allein?" flüsterte letzterer.

„Allein! Gott bewahre ihn, wer sollte bei ihm sein?" entgegnete der andere in demselben gedämpften Tone.

„Er ist also immer allein?"

„Ja."

„Nach eigenem Wunsch?"

„Aus eigener Notwendigkeit. Die er damals war, als ich ihn zuerst sah, nachdem sie ihn aufgefunden und gezwungen hatten, ob ich ihn zu mir nehmen und auf meine Gefahr hin [illegible] sein wollte — so ist er jetzt noch."

„Hat er sich sehr verändert?"

„Verändert!"

Der Weinwirt blieb stehen, um mit der Hand an die Mauer zu schlagen und einen fürchterlichen Fluch auszustoßen. Eine heftige Antwort hätte nicht denselben Eindruck gemacht. Mr. Lorrys Gemüt fühlte sich immer gedrückter, wie er und seine beiden Gefährten höher und höher stiegen.

Eine solche Treppe mit ihren Beigaben in dem älteren und ärmeren bevölkerten Teile von Paris wäre jetzt schlimm genug; aber damals war sie für ungewohnte und nicht abgehärtete Sinne geradezu scheußlich. Endlich war die letzte Stufe der Treppe erreicht, und sie rasteten zum dritten Male aus. Noch eine Treppe, die noch steiler und schmäler war, mußte erstiegen werden, ehe sie das Dachgeschoß erreichten. Der Weinwirt der immer ein wenig vorausging, und immer auf der Seite, wo sich Mr. Lorry befand, als ob er fürchtete, daß die junge Dame eine Frage an ihn richten möchte, drehte sich hier um, stützte in den Falten des Rockes seinen, den er über die Achsel geworfen hatte, und brachte einen Schlüssel hervor.

„Die Tür ist also verschlossen, Freund?" sagte Mr. Lorry überrascht.

„Jawohl", war die bitterernste Antwort Monsieur Defarges.

„Sie halten es für notwendig, den Unglücklichen so einsam zu lassen?"

„Ich halte es für notwendig, ihn einzuschließen." Monsieur Defarge flüsterte es ihm, sich dichter an ihn andrängend, ins Ohr und sog finster drohend die Stirn zusammen.

„Warum?"

„Warum! Weil er so lange eingeschlossen gelebt hat, daß er sich fürchten — wüten — sich in Stücke zerreißen — sterben — ich weiß nicht, zu welchem Schaden kommen würde — wenn man seine Tür aufstieße."

„Ist es möglich?" rief Mr. Lorry aus.

„Ist es möglich?" wiederholte Defarge mit Bitterkeit. „Ja, und in einer schönen Welt leben wir, wenn es möglich ist und wenn viele andere solche Dinge nicht nur möglich sind, sondern auch geschehen — wirklich geschehen! — Unter diesem Himmel, und zwar jeden Tag. Lasse jetzt der Teufel! Vorwärts!"

Dieses Zwiegespräch war in so leisem Flüstern gehalten worden, daß kein Wort davon das Ohr der jungen Dame erreicht hatte. Aber sie zitterte jetzt, von so harter Unterredung, und auf ihrem Gesicht drückte sich so tiefe Seelenangst aus und vor allem solches Grauen und Entsetzen, daß sich Mr. Lorry peinlichst fühlte, ihr mit ein paar Worten Beruhigung auszusprechen.

„Nun, liebe Miß! Mut! Es gibt das Schlimmste wird in einem Augenblicke vorbei sein. Wir brauchen nur die Zimmer, die hinter uns zu haben und das Schlimmste ist vorbei. Dann fängt alles Gute, aller Trost, alles Glück an, das Sie ihm bringen. Unser guter Freund hier wird Sie auf der anderen Seite unterstützen. So ist's recht. Freund Defarge. Nun vorwärts. Geschäft! Geschäft!"

Sie stiegen langsam und vorsichtig hinauf. Die Treppe war kurz, und sie waren bald auf der letzten Stufe. Weil sie sich dort kurz wendete, standen sie auf einmal vor drei Männern, deren Köpfe dicht nebeneinander an eine Tür hinabgebeugt waren und die durch ein paar Spalten oder Löcher in der Wand mit gespannter Aufmerksamkeit in das Zimmer blickten, zu dem die Tür gehörte. Als sie dicht hinter sich Flüstrite vernahmen, drehten sich die drei um, richteten sich auf und sahen sich als die drei Gäste eines Namens erkennen, die unten im Weinschank getrunken hatten.

„Ueber der Ueberraschung Ihres Besuches habe ich sie ganz vergessen", erklärte Monsieur Defarge. „Geht jetzt, ihr guten Freunde, wir haben Geschäfte hier."

Die drei glitten an ihnen vorüber und gingen still hinunter.

Da keine andere Tür auf diesem Flur zu erblicken war und der Besitzer der Weinschenke gerade auf diese eine zuging, als sie wieder allein waren, fragte ihn Mr. Lorry halblaut mit einiger Schärfe:

„Lassen Sie Monsieur Manette wie eine Merkwürdigkeit sehen?"

„Ich zeige ihn in der Weise, wie Sie gesehen haben, einigen wenigen Auserwählten."

„Ist das gut?"

„Ich glaube, es ist gut."

„Wer sind die Wenigen? Wie wählen Sie sie aus?"

„Ich wähle sie als echte Männer meines Namens — Jacques ist mein Name — denen das Schauspiel wahrscheinlich nützlich sein wird. Genug; Sie sind Engländer, das ist etwas anderes. Warten Sie gefälligst hier einen Augenblick."

Mit einer sie zum Zurückbleiben mahnenden Gebärde blickte er sich und suchte durch einen Spalt in der Mauer. Bald richtete er sich wieder auf und schlug zweimal oder dreimal an die Tür — offenbar zu seinem andern Zweck, als ein Geräusch zu machen. In derselben Absicht strich er dreimal oder viermal mit dem Schlüssel darüber, ehe er ihn mit derber Hand in das Schloß stieß und so geräuschvoll als möglich umdrehte.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190214-18/fragment/page=0002

haltung der deutschen Obersten Heeresleitung in der Polenfrage und mit der Notwendigkeit, die Bedingungen zur Verlängerung des Waffenstillstandes festzusetzen.

Deutsche Waffenstillstandskommission.

Verachtung oder Mitleid?

Der Zeitzer Volksbote schreibt unter der Ueberschrift: „Er hat's erreicht."

Ebert — Friedrich der Einzige — nahm die Wahl mit tiefem Dank an. Man ersieht aus der Wahl, wie weit man es in der deutschen Republik als ehemaliger Sattlergeselle bringen kann, wenn man — ein Führer der sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft — bereit ist, die Interessen der Massen zu verraten und die Geschäfte der kapitalistischen Parteien zu besorgen. Daß der neue Reichspräsident hierzu bereit ist, hat er bewiesen, und die hohe Stimmenzahl beweist ebenfalls sein Anlehen bei den kapitalistischen Parteien. Auch Reaktionäre, die schlimmsten Feinde des Sozialismus, haben ihm ihre Stimme gegeben. (Und Volksverräter? Red. d. Ex.)

Die bürgerliche Blätter berichten, beabsichtigt Herr Ebert von Weimar abzureisen — natürlich per Extrazug, trotz der Koblenznot. Die Bürger von Weimar planen keine „großartige" Demonstration für ihn. Bürgerliche Blätter veröffentlichen auch schon sein wohlgelungenes Konterfei, auf dem er dem unbelangenen Zuschauer leider ein wenig von dem Aeußeren einer gereisten Bulldogge zeigt. Mit Wilhelm II. verbindet ihn gar keine Aehnlichkeit, aber vielleicht läßt sich der fügende Schnurrbart mit Bartbinde und Bürste in die weltbekannte kriegerische Lage bringen.

Man weiß nicht, wie man das Gefühl nennen soll, das einem beim Lesen solch gemeiner Zeugs aufsteigt. Man hält es nicht für möglich, daß ein Blatt, daß mit solch verächtlichen kleinlichen Mitteln kämpft, noch den Mut hat, sich sozialistisch zu nennen. Verachtung oder Mitleid, mischt anderes kann man für solche „Kampfgenossen von einst" empfinden.

Wo bleiben die Baugenossenschaften?

Die neue Siedlungsordnung ist heraus. Noch steht in ihr kein Wort von den Bauvereinen, Baugenossenschaften und ähnlichen Verbänden, die sich sozialistischer Auffassung nähern. Wohl ist von Siedlungsunternehmungen und Anstalten und Behörden die Rede. Unter Siedlungsunternehmungen werden im allgemeinen aber die großen provinziellen Landgesellschaften verstanden, die von den alten Regierungsbehörden errichtet, ohne Zustimmung weiter Kreise der Bevölkerung mit ganz gewaltigen Mitteln aus Staatskassen ausgestattet worden sind.

Es ist nur gut, daß die Ausführungsbestimmungen des Siedlungs- (Landbeschaffungs-) Gesetzes noch nicht von den Bundesstaaten erlassen worden sind. Die Bundesstaaten können und müssen dafür sorgen, daß unsere kleinen, doch zukunftsreichen Bau- und Siedlungsvereine zu ihrem Recht kommen, daß sie teilnehmen können an den gewaltigen Mitteln, die zum Siedeln zur Verfügung stehen, ja, daß mit ihnen ein großer Teil der Mittel, der unrechtmäßigerweise den mit dem Junkertum verflochtenen Siedlungsgesellschaften aus den Kassen der Allgemeinheit überwiesen wurde, dem eigentlichen Zweck zugeführt wird. Werden aber die sozialfortschrittlichen Bauvereine, Baugenossenschaften und kleinen Siedlungsgesellschaften etwa gar den großen Siedlungsgesellschaften unterstellt, dann entsteht die schwere Gefahr der Verschleppung und Hinauszögerung für das Siedlungswesen. Es soll aber schnellstens gesiedelt werden. Wenn nun auch die Baustoffe knapp sind, so gibt es doch zahlreiche Arten von Behelfsbauten (auf der Ausstellung „Sparsame Bauweise" wurden mehrere alterprobte Be spielen gezeigt).

Die großen, ehemals gouvernementalen Siedlungsgesellschaften können von ihrer alten junkerlichen Tendenz nicht los. Die privaten, trotz aller Widerstände zäh sich emporgerungenen gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften, die von warmherzigen Idealisten sorgesetzt mit neuem Impuls erfüllt werden, dürfen keines als ausgeschaltet werden.

Zur Ermordung Liebknechts und Luxemburgs.

Die „Rote Fahne" veröffentlicht einen ausführlichen Bericht über die Ermordung Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Es wird darin behauptet, daß die Jäger zu Pferde Runge und Träger und der Chauffeur Göttinger den Mord ausführlich verabredet und sowohl Liebknecht wie Rosa Luxemburg, als sie aus dem Eden-Hotel gebracht wurden, mit Kolben niedergeschlagen haben. Die Offiziere, die Liebknecht und Rosa Luxemburg begleiteten, hätten das nicht verhindert. Den angeblichen Fluchtversuch Liebknechts bezeichnet die „Rote Fahne" als eine Lüge, vielmehr hätten die Leutnecht begleitenden Offiziere den von den Kolbenschlägen noch halb Bewußtlosen mit Absicht nach einer dunklen Stelle des Tiergartens verschleppt, auf einen völlig unbeleuchteten Fußweg geführt und dort aus allernächster Nähe erschossen. Den ersten Schuß habe der Kapitänleutnant Pflugk-Hartung abgegeben. Von Rosa Luxemburg behauptet die „Rote Fahne", daß der Oberleutnant Vogel ihr leblos Daliegende aus nächster Entfernung mit der Pistole durch die Schläfe geschossen habe.

Es sind dies außerordentlich schwere Anklagen. Die sehr detaillierte Darstellung der „Roten Fahne" läßt darauf schließen, daß sie Beweismaterial an der Hand hat. Dieses Beweismaterial muß auf das genaueste geprüft werden. Bestätigt sich der behauptete Sachverhalt, so ist gegen die Schuldigen mit der ganzen Strenge des Gesetzes rücksichtslos vorzugehen.

Die wirtschaftliche Lage der Industrie.

Aus dem Reichsamt für wirtschaftliche Demobilmachung wird uns geschrieben:

Die wirtschaftliche Lage in der Industrie ist durch die katastrophale Unterbindung unseres Verkehrswesens, die als Folge der überaus harten Waffenstillstandsbedingungen jetzt in vollem Ausmaß fühlbar wird, auf einem Tiefstand angelangt, von dem aus die zum Ruin nur noch ein Schritt ist. Die Transportnot verhindert nicht nur die Anfuhr der nötigen Kohle, soweit diese überhaupt in ausreichender Menge gefördert wird, sie verhindert auch die Ueberführung der noch vorhandenen Rohstoffe an die Plätze, wo sie verarbeitet werden könnten. Dazu kommt noch, daß infolge der gesteigerten Produktionskosten, die in erster Linie durch die erheblichen Lohnerhöhungen verursacht sind, der Industrie keine neuen Aufträge erteilt bezw. bestehende Aufträge zurückgezogen werden. Das trübe Bild der industriellen Lage kennzeichnet sich also durch das Vorhandensein eines nicht zu behebenden Kohlen- und Rohstoffmangels, der durch die vorläufig weiter bestehenden Transportschwierigkeiten bedingt ist, sowie durch eine starke Verteuerung der Fabrikate, die auf die erhöhten Lohnforderungen, die verkürzte Arbeitszeit und verminderte Arbeitsleistung zurückzuführen ist, und mit der der Mangel an Aufträgen im Zusammenhang steht.

Ueberall aus dem Deutschen Reiche wird über die Einstellung einzelner Betriebe, sogar der ganzen örtlichen Industrie berichtet. Selbst in Oberschlesien ist die Industrie durch den Kohlenmangel z. T. lahmgelegt. In Süddeutschland aber, sowie in Ost- und Westpreußen und Pommern, die am meisten von den Kohlenbezirken fernliegen, kann von einer Tätigkeit der Industrie im nennenswerten Maße überhaupt nicht mehr die Rede sein. Nach Frankfurt a. M. meldet, daß die Versorgung der Industrie mit Kohlen derart ungenügend sei, daß selbst vorübergehend aufrecht zu erhaltende Betriebe der Gefahr der Stillegung unterliegen.

Die Schwierigkeit der Rohstoffbeschaffung macht sich vor allem in der Textilindustrie wie überall in der Fein- und Fertigindustrie bemerkbar. Die Heimarbeitsbezirke leiden sehr unter dem Fehlen der nötigsten Rohmaterialien, so die Thüringer Spielwarenindustrie, die schlesischen Webereien und andere mehr. Auch Industrien, deren Beschäftigung sehr rege ist, so die Papierindustrie können nicht alle Anforderungen erfüllen, weil ihnen einzelne Rohstoffe nicht mehr zureichlich sind, oder doch nur in ungenügender Menge zur Verfügung stehen. Vollbeschäftigt sind ebenfalls nur die Lokomotiv- und Wagenfabriken, sowie einzelne Zweige der Metallindustrie, die nach ihrer Umstellung auf Friedensarbeit Unteraufträge für jene angenommen haben.

Bezeichnend für die trostlose Lage des Verkehrswesens ist es, daß mehrere industrielle Werke in Sachsen und Anhalt den Abtransport ihrer Fertigfabrikate nicht mehr bewerkstelligen können und bei Fortdauer der Sperre an Güterwagen infolge von Schwierigkeiten hinsichtlich der Lagerung der Waren vor der Stillegung stehen. In Thüringen ist der Versand der Osterwaren vorläufig durch die Gütersperre noch unterbunden.

Von den Streiks in Berlin.

Die streikenden Speditionsarbeiter und Rollkutscher haben sich mit den Unternehmern dahin geeinigt, daß Gewerbegericht als Einigungsamt anzurufen.

In dem Streik der Warenhausangestellten ist eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Ueber die Frage, ob die kaufmännischen Angestellten dieser Geschäfte für die Streikenden in einen Sympathiestreik eintreten, ist unter den kaufmännischen Angestellten noch keine Klärung geschaffen. Bei den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden, Zentralverbande angeschlossenen Gehilfen findet der Gedanke des Sympathiestreikes Anklang, die anderen kaufmännischen Organisationen angehörenden Angestellten lehnen ihre Mehrheit ab. Zwei große Versammlungen der kaufmännischen Angestellten im Zirkus Busch und im Lustgarten haben beschlossen, den Vorständen ihrer Organisation vorzuschlagen, den Sympathiestreik zu erklären.

Kurze Nachrichten.

Ein Frauenruf in der Nationalversammlung. Die Frauen aller Fraktionen in der Nationalversammlung haben einen Antrag vorbereitet, in dem sie für die Frauen und Kinder gegen die Hungerblockade protestieren und ihre Aufhebung fordern, ebenso die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen.

Mehrpflichtsantrag der Deutschen Volkspartei. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat in der Nationalversammlung einen Antrag gestellt, ein Volksheer auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht zu schaffen.

Die sächsische Volkskammer tritt am 25. Februar nachm. 3 Uhr zu ihrer ersten Sitzung zusammen.

Der Zusammenstoß in Breslau gab es neun Tote, neun Schwerverletzte und 30 leichter Verletzte.

Lloyd George für baldigen Frieden. Im Unterhaus hat Premierminister Lloyd George in der Aussprache über die Antwort auf die Thronrede über die Friedenskonferenz berichtet. Er versicherte, die ganze Willenskraft der Vertreter der Großmächte sei darauf gerichtet worden, sobald als möglich den Friedenszustand zu bringen.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

Bern, 9. Februar. In der gestrigen Abendsitzung empfahl Jansson in längeren Ausführungen das bereits von der Gewerkschaftskommission genehmigte Programm über die Arbeiterfragen, indem er betonte, daß die Durchsetzung dieser Forderungen in Paris erreicht werden könne, wenn die politische sozialistische Internationale ihre virilsame Unterstützung leihe.

Mac Gurk (England) erklärte im Namen der Kommission der englischen Delegierten seine Zustimmung zu dem Programm.

Arbeitsminister Kunfi (Ungarn) hält die Verwirklichung der Programmforderungen nur teilweise für gesichert, als die politische Internationale auch die Macht habe, dieses Programm durchzusetzen. Die Lage der Arbeiterschaft hänge völlig davon ab, wie der in Paris bevorstehende Friede aussehen würde. Kunfi verlangte von den Genossen in den Ententeländern wirksamen Widerspruch gegen die imperialistischen Strömungen auf der Pariser Konferenz und schilderte unter Anführung zahlreicher Beispiele die trostlose Lage der Arbeiterschaft in Ungarn infolge der rigorosen Maßnahmen der Ententetruppen.

Der Kampf um den Religionsunterricht.

Lehrer G. Pabel, Artern.

Immer heftiger tobt der Streit um den Religionsunterricht. Immer mutiger tritt die Kirche, die anfangs mit politischer Klugheit der Obrigkeit unterstan war, die Gewalt über sie hatte, auf den Plan, sammelt fieberhaft Gesinnungs- und Meinungskundgebungen aus Lehr- und Elternkreisen, um in ihren Denkschriften mit dem Brustton der Ueberzeugung dartun zu können: Seht, die große Masse der Eltern und Lehrer will den altbergebrachten Religionsunterricht in gar nicht missen! Unermüdlich hämmert sie der breiten Oeffentlichkeit ein: Seid wachsam! Man will euch die Religion rauben, und ohne Religion verfallen wir in Barbarei!

Wir können uns gegen derartige Verdächtigungen nicht heftig genug wehren, zumal die Oeffentlichkeit durch diese Kampfesart nicht nur irregeführt, sondern auch in unverantwortlicher Weise beunruhigt wird. Das geht auch uns an. Die alte Macht der Gewohnheit tut auch hier ihre Schuldigkeit. Allen sei es darum zur Beruhigung gesagt: der kirchliche Notschrei führt euch irre; er entstellt unsere hohen, reinen Ziele mit vollem Bewußtsein. Und durch Entstellung und Verdrehung wird man dem tiefernsten Problem doch sicher nicht gerecht. Wie steht es mit der Behauptung: Die Lehrerschaft selbst sträubt sich gegen die Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule. Da ist es wichtig, festzustellen, daß es nicht den Tatsachen entspricht, daß die überwiegende Mehrzahl der Lehrer auf dem Standpunkt steht, daß sie ihrerseits auf den Religionsunterricht nicht verzichten will. Tatsache ist vielmehr, daß die große Mehrheit aller Lehrer den Religionsunterricht mehr als satt hat. Wohlverstanden, den Religionsunterricht, den wir bisher hatten und zum großen Teil in den Schulen noch haben, nicht etwa religiösen Anschauungsunterricht, wie er von tiefen, reinen Naturen wohl hier und da erteilt werden mag. Gemeint ist der bisher landesübliche, verknöcherte Drill- und Bekenntnisreligionsunterricht, der sich nicht genug tun kann im Auswendiglernen von Katechismus, Sprüchen und Liederstrophen. Die Lehrerschaft sieht ihn lieber heute als morgen gehen, ohne ihm eine Träne nachzuweinen. Er muß als wertlos fallen und wird fallen; wir werden nichts an ihm verlieren. Es ist den weitesten Lehrern innerste Ueberzeugungs- und Herzenssache, daß der heilige Garten der Kinderseelen in ihm bisher systematisch verteten wurde, daß Religion von kirchen- und Kastengeist viel zu viel gelehrt werden mußte, wo sie doch nur erlebt werden kann und soll. Darum: Hinaus aus der Schule mit diesem Dogmenunterricht vergangener Zeiten, bei dem das kostbarste Erleben so leer zuguckt, der das Zarteste und Feinste im Menschenleben — die Kinderseele — vergewaltigt und mißhandelt. In diesem Sinne soll die Kirche gern recht behalten mit ihrer Note: Sie wollen dem Volke die Religion nehmen. Gut und gerne. Denn das wissen wir alle, daß uns mit dieser Kirchenreligion herzlich wenig gewonnen wird. Was die Kirche aber in ihrem Kampfe in irreführender Weise verschweigt ist das, was wir dafür Positives an Religion bringen, was wir dafür an aufbauender Tätigkeit in die Wagschale werfen wollen: denn: Nicht entsinnen will sich die Lehrerschaft der Religionspflege schlechthin; weiß sie doch Religion als wertvolles Kulturgut zu schätzen und möchte sich daher dieses Erziehungsmittels nicht selbst berauben. Von untergeordneter Bedeutung ist es dabei, ob diese Religionspflege nun gerade einer speziell darauf zugeschnittenen sogenannten „Religionsstunde" vorbehalten sein soll. Ihr ist vielmehr jede Stunde, in der ihre Kinderherzen in brennendem Verlangen entgegenschlagen, in der sie ihnen das Höchste und Beste gibt, was sittlich durchreife Persönlichkeit zu bieten vermag, jede Stunde, in der Kinderaugen groß und flackernd an den ihren hängen und das Gesicht von andächtiger, heiliger Seelen durchs Zimmer schwebt, heiliger Gottesdienst, Gottesdienst. Nach solchem Gottesdienst weiß sie, daß die kleinen Seelen im läuternden Feuer gestanden, daß sie in unerhörtlichem Kampfe gerungen, gebebt, gebetet, geweint, heilige Porträte gefaßt, mit einem Worte: wahre Religion erlebt haben. Und darin liegt das Kriterium des ganzen Problems. Mehr solcher Feierstunden ins Kinderleben! und ihr habt damit gleichzeitig die Gewähr für tiefinnerste Religiosität, nachhalt ger und lebensfähiger als alle externe Bekenntnis-Religion. Mehr Erleben, weniger Erlernen, und all ihr ängstlichen und zweifelnden Seelen könnt beruhigt sein um die religiöse Zukunft eurer Kinder und die des deutschen Volkes. Religion ist nur Erleben. Wer das bestreitet, der hat eben noch nie religiös erlebt, das Wesen der Religion bis heute noch nicht erkannt. Wenn darum die ernsthaften Gottsucher unter der Lehrerschaft immer wieder fordern: Solcher Weihe- und Feierstunden kann es gar nicht genug im Kinderleben geben! so leitet sie dabei das tötliche Bewußtsein, das durch sie tiefe, wahre Religiosität, vor allem aber mehr Religion in den kleinen Seelen pulsiert als in allem bisherigem Bekenntnis-Religionsunterricht. Nur tief aufwühlendes, packendes Erleben führt zu festem Wollen, nur feierl che Weihe des Genießens glättet die stürmischen Wellen und läßt in der Tiefe erste Vorahnungen reifen. Dazu braucht sich die Schule in ihrem Seelendienste auf kein kirchliches Bekenntnis festzulegen. Was wir den Kindern geben wollen, ist nicht Mechanisieren und Festlegung auf ein trockenes Bekenntnis (das wäre Stein statt Brotes), nicht Religion in kirchenbuchstäblichem Sinne, sondern Religion im großen Menschheitssinne, die die Herzen groß und weit macht und die Seelen tief und glutänzig. Engherziger kirchlicher Bekenntnissinn hat mit dieser Religion nichts gemeinsam. Für diese Religion ist es so furchtbar nebensächlich, ob die ihrer Pflege vorzubehaltende Stunde nun auch den Namen „Religionsstunde" tragen wird. Ob sie gerade so heißt oder Gedichtstunde oder Naturkunde oder sonstwie ist so gleichgültig: wer es durchaus nicht lassen kann, klebiere für Bedeutung des Begriffes „Religionsstunde", der Name tut nichts zur Sache. Jede Stunde sollte in unserem Sinne eine Religionsstunde sein. Nur nicht den Blick für das große Ganze verlieren und das volle Herz nicht schwinden lassen; denn überall muß es bleiben, von Christus und Pestalozzi, von Rousseau und Goethe — sie alle spielen in unserer Stunde eine Rolle, sie alle sollen erlebt werden. Nur das ist Gott, nur das ist Religion für das Kind. — Für diese Kinder-Religion bietet uns beispielsweise das Gedicht: „Wenn du noch eine Mutter hast" mehr religiöses Erleben, mehr religiöse Weihe, weckt uns in unseren Feierstunden stärkeres, gefühlsbetonteres sittliches Wollen als das kirchliche Bekenntnis des 4. Gebotes „Du sollst deinen Vater und deine Mutter ehren" mit seinem eigennützigen Zusatze: Auf daß dirs wohl gehe . . .

Wir schämen das „Lied vom braven Mann" für unseren ethischen Unterricht gestützer und höher ein als den kategorischen Katechismus-Imperativ: „Du sollst deinen Nächsten lieben und fördern in allen Leibesnöten." Und das heilige Gebot der Arbeit „wer nicht arbeiten will, der soll auch nicht essen", unser künftig Zauberwort „Tages Arbeit, abends Gäste, laure Wochen, frohe Feste" sind uns vollsaftiger, lebens- und damit gattheitswahrer als das antike „Du sollst den Feiertag heiligen". Nach solch tiefnachhaltigem, religiösen Erleben, gepaart mit heiligernstem Wollen erscheint uns die Behauptung lächerlich, daß wir ohne Religionsunterricht alten Stils unsere Kinder führerlos ins Leben hinausstoßen, daß sie dereinst ohne festen Halt durch das Leben gehen. Nicht nach seinem Wissen beurteilen wir den Wert des jungen Menschen, sondern nach seinem Wollen. Und das dieses rechte, sittliche Wollen in der angedeuteten Weise nachhaltiger geweckt wird, eben weil es aus tiefinnerstem Erleben hervorgeht, als in dem bisherigen Bekenntnisunterricht — das ist und bleibt unsere feste Ueberzeugung, läßt sich auch nicht mit Gründen der Psychologie widerlegen.

Sozialismus ist tiefe und wahre Religion. Wenn das wahr ist — und es ist wahr — dann kann es als höchstes und heiligstes Ziel in der Erziehung unserer Jugend nur eins geben: Durchtränkung des gesamten Unterrichts mit religiösem Geiste. Und wahr ist auch das andere, nämlich das schulmäßige Mechanisierung religiösen Wissens nicht nur Verkennung des wahren Wesens der Religion ist, sondern geradezu religionsschädigend wirkt.

Als sehr wirksamen Kampfmittels bedient sich unsere Gegnerschaft des Schreckgespenst, das sie „trockenen Moralunterricht" nach französischem und amerikanischem Muster nennt, der die Stelle des bisherigen Religionsunterrichtes einnehmen soll und mit dem sie nun unermüdlich hausieren geht. Eins muß da mal gesagt werden: Die wenigsten kennen ihn, und doch dreien gerade sie am lautesten, Uebrigens ist die „Gefahr" nur halb so groß; denn was die Strömungen bisher erkennen lassen, besteht wenig Aussicht ihn als modernen Religionsunterricht zu bekommen, zumal in der Lehrerschaft selbst sich viele Stimmen gegen ihn erheben. Ohne für diesen „trocknen Moralunterricht" eine Lanze brechen zu wollen, sei doch allen — ob Freund oder Feind — einmal ernst gesagt und möge ihnen zu denken geben: Ich habe mancher Moralstunde klopfenden Herzens und tieferregten gelauscht und bin in mancher trockenen Bekenntnisreligionsstunde — eingeschlafen. Gelauscht, weil es eben nicht trockene Moral blieb, sondern unter faszinierender Kraft starker Seelen hinauswuchs zu jenem tiefinnersten großen Erfahren und Erleben, das man im Beispiel als Religion bezeichnen muß, und ich stehe nicht eine Minute an, diese Moralstunde als heilige Religionsstunde in des Wortes tiefster Bedeutung zu verehren und sie nachzuweisen. Freilich, wenn ihrs nicht fühlt, ihr werdets nicht erjagen". Und in diesem Lebensgeheimnis einmal ganz weit zu fühlen — das ist es, was uns not tut. Jahrzehntelang sind wir in unseren Ansichten zu sehr getrennt worden, können von Religion nicht mehr reden, ohne dabei an Kirche, Pastor, Gesangbuch und Bibel zu denken, und doch hat schon der große Seelenmeister sich die Anbetung Gottes im Geiste und in der Wahrheit gedacht, ohne Tempel, ohne Jerusalem, ohne Priester.

Und das ist es, was wir von unseren Gegnern fordern müssen: Sucht unser Prinzip zu begreifen! Sucht unser großes, heiliges Wollen zu begreifen und perfektiert euch weniger auf morsche, überlebte und verdorbene Dogmen und Rechte. Dann werden wir weniger aneinander vorbeireden, dann fallen vor allem die öden Vorwürfe, daß wir ohne eure Religion in Barbarei versinken. Wir schätzen Religion als wichtiges Kulturgut, freilich ohne jeden Bewissens- und Bekenntniszwang, und nur in diesem Sinne kann dieses Kulturgut Aufgabe der Schule sein, nicht im Sinne einer Einführung in das Bekenntnis einer bestimmten Religionsgemeinschaft. Nur so kommen wir zu aufbauender Tätigkeit, die uns so bitter not tut.

Lokales und Provinzielles.

Halle, 14. Februar 1919.

Protest-Versammlung.

Der Bürgerausschuß der Stadt Halle hatte gestern abend eine Protestkundgebung der [illegible]

gegen die geplante Verschärfung der Waffenstillstandsbedingungen. Herr Redakteur H e l m s empfahl die Absendung zweier Telegramme, an die Nationalversammlung und an die Reichsregierung, worin die versammelten Hallenser Männer und Frauen aller Parteien und Berufe gegen eine jede neue Unterdrückungspolitik der Entente protestieren. Es wird die sofortige Freigabe unserer Kriegsgefangenen, Aufhebung der Blockade und schnellster Abschluß eines den Wilsonschen 14 Punkten entsprechenden Verjöhnungsfriedens, der den Völkerbund ermöglicht, gefordert. Die Nationalversammlung soll durch eine geschlossene Kundgebung, die Regierung durch Protesterhebung in Trier der Entente und der übrigen Welt klarmachen, daß Deutschland keine weiteren Vergewaltigungen vertragen kann.

Es sprechen nunmehr Vertreter aller Parteien. Zuerst Herr Rechtsanwalt S c h r e i b e r für die deutschdemokratische Partei, ihm folgten Parteisekretär Gen. P i l a r t für die alte sozialdemokratische Partei, Herr Prälat H e d e r g o t für die christliche Volkspartei, und Herr Prof. H e n d e r e i c h für die deutsche Volkspartei. Aus der Mitte der Versammlung heraus sprachen Herr Prof. Dr. v. D e g g a l s k i, Herr Gymnasialdirektor Dr. S t u m m, ein Vertreter der Arbeitsgemeinschaft sowie Angestellter, Herr Postsekretär B a l k e als Vertreter der Beamten und ein Herr S c h r a d e r. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß es an der Zeit sei, die Stimme des deutschen Volkes erschallen zu lassen und flammenden Protest gegen weitere Bedrückung unseres Volkes zu erheben. Gerechtigkeit müßten wir verlangen. Der Waffenstillstandskommission müsse der Rücken gesteift werden, damit sie neuen maßlosen Forderungen gegenüber erklären: „Bis hierher und nicht weiter!" Ein anderer Redner wies darauf hin, daß ein amerikanischer höherer Beamter, der zwecks Feststellung der Ernährungsmittelnot nach Berlin entsandt sei, erklärt habe: „Ein Volk, das noch soviel tanzt, hungert nicht."

Die Absendung und Fassung der Telegramme wurde gut geheißen und mit einem Hoch auf das deutsche Volk und das deutsche Vaterland, in das die Versammelten geschlossen einstimmten, wurde die Protest-Versammlung geschlossen. Die Kundgebung mußte wegen Saalmangel in der Aula des Reform-Realgymnasiums abgehalten werden, die nicht alle Erschienenen fassen konnte, sie nahm, trotz Ernst der Zeit und der Sache entsprechend, einen ruhigen und würdevollen Verlauf. #

* **Unsere Töchter und ihr Verkehr.** Am Montag, den 17. 2., abends 8 Uhr sprechen in der Aula der Oberrealschule Stadtarzt Professor v. D r i g a l s k i und in der Aula des Reform-Realgymnasiums, Friesenstraße, Stadtschulrat Dr. P e t e r s über die Gefahren, die unseren Frauen, in erster Linie den Töchtern unseres Volkes durch Unwissenheit oder leichtfertigen Verkehr drohen. Dabei handelt es sich um Dinge, die keineswegs nur für eine Gesellschaftsklasse — etwa die Arbeiterklasse — Geltung haben, sondern um Gefahren, an denen alle Gesellschaftsschichten ziemlich gleichmäßig beteiligt sind, wie heute die Dinge einmal liegen. Ueber die ungeheuerliche Größe der drohenden Schädigungen und Verluste besteht in weiten Kreisen eine ganz verhängnisvolle Unkenntnis. In wirtschaftlich besser gestellten Kreisen haben viele Eltern noch heute kaum eine Ahnung davon, daß ihre Kinder überhaupt gefährdet sind, während der tiefer blickende Arzt nur zu gut weiß, wie sehr es gerade sie angeht. Der Besuch der beiden Veranstaltungen ist deshalb Frauen und Mädchen aller Kreise dringend zu empfehlen. Zutritt haben nur weibliche Hörer, Mädchen vom vollendeten 16. Lebensjahre ab. — Vorträge für Männer folgen.

* **Behandlung der geschlechtskranken Heeresentlassenen.** Wie uns mitgeteilt wird, sind alle seit dem 1. November 1918 aus dem Heeresdienst Entlassenen geschlechtskranken Mannschaften zur Inanspruchnahme kostenfreier ambulanter oder Lazarettbehandlung berechtigt. Zum Nachweis der Berechtigung dienen die Entlassungspapiere. Der Anspruch auf kostenfreie Behandlung gilt vorläufig bis zum 31. März 1919. Heeresentlassene können beim zuständigen Bezirkskommando Anträge auf Behandlung und etwaige Lazarettaufnahme stellen.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule am Sonnabend für die Lebensmittelscheine 12 001—15 000 vorm. von 8—10 Uhr und 15 001—19 569 vorm. von 10—1 Uhr. Für jede Person ein Ei zum Preise von 42 Pfennigen.

Seefischverkauf wird am Sonnabend früh in den einschlägigen Geschäften fortgesetzt. Für jede Person kann ca. ein halbes Pfund abgegeben werden. Die Preise der einzelnen Sorten sind in den Geschäften deutlich sichtbar angebracht. Der Verkauf erfolgt auf Warenbezugsschein Nr. 18, Abschnitte 250. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine Nr. 9001 bis 10 000 und 61 001—63 000.

Holländischer Rot- und Wirsingkohl kommt in den Gemüsegeschäften zum Verkauf. Der Preis für Rotkohl und Wirsingkohl holländischer Herkunft beträgt 45 Pfennige für das Pfund. Festgesetzte Ueberschreitungen bitten wir dem Stadternährungsamt anzuzeigen.

Stadttheater. Wie bereits gemeldet, muß die für heute, Freitag, ursprünglich angesetzte einmalige Wiederholung von „Dies irae" wegen Erkrankung von Leopold Sachse verlegt werden, und wird an deren Stelle heute „J o h a n n i s f e u e r", Schauspiel von Hermann Sudermann, gegeben. Sonnabend „Die Fledermaus". Sonntag nachm. 3 Uhr Volksvorstellung „Ueber unsere Kraft" 1. Teil, Sonntag abend gelangt Verdis Oper „Aida" in neuer Einstudierung zum ersten Male zur Aufführung. Es wirken mit die Damen Böhmer, Touchy, Kren und die Herren Roesler, Bola, Barck, Kerzmann, Baron. Die musikalische Leitung des Werkes hat Oskar von Pander übernommen. Montag wird „Das Dreimäderlhaus" wiederholt.

Letzte Nachrichten.

Gegensätze bei den Alliierten.

Lugano, 13. Februar. Die Gegensätze zwischen den Alliierten in der Friedensfrage haben sich derart verdichtet, daß sich nicht nur auf der Vorfriedenskonferenz, sondern auch im Obersten Kriegsrat zwei geschlossene Gruppen einander gegenüberstehen. Dem Secolo zufolge wird zwischen beiden Parteien augenblicklich ein lebhafter Meinungskampf über die Formulierung der neuen Waffenstillstandsbedingungen ausgefochten. Die unter französischem Einfluß stehende Fraktion tritt dafür ein, daß die Alliierten während des Waffenstillstandes mit Deutschland rein militärische Beziehungen unterhalten, während die Anhänger Wilsons die Meinung vertreten, daß als Sicherungen für den Waffenstillstand moralische und diplomatische Garantien genügend sind. Die Entscheidung über diese Frage wird im Laufe des heutigen Tages fallen. In den bisherigen Auseinandersetzungen hat die amerikanische Auffassung das Feld behauptet.

Frankreich gegen einen gerechten Frieden.

Aus Paris wird gemeldet: Die Tatsache, daß die große Kontroverse am Quai d'Orsay weiter fortdauern, ist als feststehend anzusehen. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Amerika und Großbritannien einerseits und Frankreich andererseits treten immer klarer zutage. Frankreich nutzt das Gastrecht, das es den internationalen Vertretern gibt, aus, indem es eine regelrechte französische Propaganda inszeniert. Daher kommt es, daß verschiedene alliierte Delegierte und Mitglieder der Friedenskonferenz in der französischen Presse ziemlich offen zu verstehen geben, daß sie lieber nach einem neutralen Lande übersiedeln würden. Die amerikanischen und britischen Delegierten haben ganz offen erklärt, daß sie ganz und gar nicht mit dem Auftreten der Franzosen einverstanden seien. Und Lloyd George selbst soll gesagt haben, daß er den Konferenzsaal zum Protest gegen die imperialistischen Forderungen der Franzosen verlassen habe.

Ultimatum der Entente an Deutschland.

Nach Pariser Informationen des Vertreters der Telegraphen-Kompagnie Bern hat der Oberste Kriegsrat der Alliierten eine Sonderkommission mit der Festsetzung der neuen Waffenstillstandsbedingungen für Deutschland betraut. Ihre Beschlüsse sollen am 13. Februar endgültig formuliert werden. Sie erstrecken sich sowohl auf wirtschaftliche, militärische und maritime Fragen, wie auf die Frage der Verantwortlichkeit für den Krieg. Der deutschen Regierung soll eine kurze Frist dafür gewährt werden, ob sie die Bedingungen anzunehmen gewillt ist. Bevor die Alliierten zur Drohung eines neuen Ultimatums an Deutschland schreiten, beabsichtigen sie, Informationen darüber einzuziehen, inwieweit die Weigerung Deutschlands auf tatsächlichem Nichtkönnen oder auf bösem Willen beruht. Die Vertreter der französischen Regierung im Obersten Kriegsrate haben die Forderung ausgesprochen, daß die neuen Waffenstillstandsbedingungen die Friedensbedingungen für Deutschland im Keime enthalten sollen.

Die elegante Welt amüsiert sich morgen im

Wintergarten-Hippodrom

Magdeburger Straße 66 ◆ Fernruf 2185.
Direktion: Georg Arndt. 2251

Im wunderbar dekorierten, gut geheizten Spiegelsaale

◆ Täglich Großes Sport-Fest. ◆

Stadt-Theater

Sonnabend, d. 15. Febr. 19. Anfang 7 Uhr. Ende 10 Uhr
Die Fledermaus.
Operette von Joh. Strauss.
Sonntag nachm.:
Ueber unsere Kraft. I.
Sonntag abend:
Aida.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 10 Uhr.

In freien Stunden
Wochenschrift
voll spannender Romane und Erzählungen.
Preis 20 Pf.
Buchdlg. Buchstrasse, Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Nähseiden
für
Damen- und Herrenschneiderei

Nähseide auf Pappröllchen, schwarz, marine und alle modernen Farben . . . . . Rolle 70 Pf.
Kordonettseide auf Pappröllchen, schwarz marine und alle modernen Farben . . . . . Rolle 38 Pf.
Nähseide, Knopflochseide, Maschinenseide, schwarz Holzrolle 2.95 2,75 M.
Nähseide, Knopflochseide, Maschinenseide } Extra Extra Qualität knotenfrei und gleichmässig grosse Aufmachung schwarz Rolle 13,50 M.

Sämtliche Stickseiden in allen Farben und Qualitäten vorrätig

Brummer & Benjamin
Grosse Ulrichstrasse 22, 23. 9 58

Alte Promenade 11a — U.T — Leipzigerstraße 88
Fernruf 5738. Fernruf 1224.

Olaf Fönß
in dem Kolossal-Film
Die Waffen nieder!
5 Akte.
Nach dem berühmten Roman Bertha von Suttners.
Der Film der neuen Zeit!
Mit erschütternder Tragik, in eindrucksvollen Bildern wird hier der Mahnruf Bertha von Suttners geschildert.
Bisher von der Zensur verboten.
Vorführung: 4.40 6.50 9.00.

Direktor Zwick Zwack.
Humorvolles Lustspiel in 2 Akten.
Hauptrolle:
Albert Paulig.
Vorführung: 4.00 6.10 8.10.

Flüchtlinge der Liebe.
Ein Roman von der Macht der Liebe in 5 Kapiteln.
Hauptrollen: Karen Sandberg, Anton de Verdier
Vorführung: 4.50 6.50 9.10.

Digge Larsen
in der 3 aktigen Filmposse:
„Bräutigam auf Aktien".
Vorführung: 4.40 6.10 8.10.

Der Bau eines Eisenbahnwagens.
Aktuell!

Beginn 4 Uhr. V 399/5

Haar-Praxis „Fara"
Inh. der Haut- Haar-, Hand- und Fusspflege-Räume
im Stadtbad.
Da diese wegen Kohlenmangel geschlossen, bitte ich meine werte Kundschaft bei Bedarf sich
jetzt nur nach Gr. Ulrichstr. 47, I zu bemühen.
Telegph. 5643. Sprechzeit 10—7 Uhr. 2255

Alte, abgesplitte, auch zerbrochene
Grammophon-Platten
kauft zu höchsten Preisen ohne Gegenkauf
Gustav Unlig,
Uhren u. Musikwerke
Untere Leipziger 6.

Für Konfirmanden empfehle 2254
Gesangbücher
Poesie-Alben
Geschichten
Stammbuchblumen
in grosser Auswahl
Albin Hentze,
24 Schmeerstrasse 24.

Herren- u. Knaben-Mützen
neue gut. Qualitäten vorrätig.
Schüler-Mützen
in blauen, grünen, grauen Farben in grosser Auswahl zu billigen Preisen.
Kaufhaus
H. Elkan,
Leipziger Straße.

Möbel.
Empfehle in großer Auswahl: Ganze Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, einzelne Möbel aller Art, besonders Vertikos mit Matratzen, Sofas, Kleiderschränke, Bettstellen, schöne Küchen usw.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlungen
— Kredit auch nach auswärts. — 2216
Kriegsanleihe und Sparkassenbücher werden in Zahlung genommen.
N. Fuchs,
Möbel-Fabrikations-Geschäft
Halle a. S., Gr. Ulrichstr. 50,
I. u. II. Etage.

Ordentliche
Zeitungsträgerinnen
gesucht.
Verlag der Volksstimme
Gr. Ulrichstr. 27.

Geübte
Maschinenstickerinnen,
mit eigener Maschine finden lohnende Beschäftigung. 252
Julius Winterstein,
Otariusstraße 9.

Wohnung gesucht
auch außerhalb der Stadt. Angebote unter P. 100 an die Expedition dieser Zeitung

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 38. Halle, Freitag, den 14. Februar 1919. 3. Jahrgang.

Zu den Gemeindewahlen.

Der Wahlkampf zu den Gemeinde- und Stadtverordnetenwahlen, die bis zum 2. März vorgenommen werden müssen, ist entbrannt. Reaktionäre Kreise protestieren gegen die Anordnung der Gemeindewahlen nach den demokratischsten Rechte, sie behaupten, die Anordnung entbehre der Rechtsgrundlage. In Wirklichkeit dürften ihrer Sorge um das vermeintliche Recht andere Ursachen zugrunde liegen, nämlich die Befürchtung, daß es mit der bisherigen Herrschaft des Privilegiums einzelner bisher einflußreicher Kreise ein für allemal vorüber ist. Damit mögen sich die Gegner der Sozialdemokratie selbst abfinden, für uns bleibt übrig, daraus zu erkennen, für wie wichtig die kommenden Wahlen von unsern Gegnern gehalten werden. Und in der Tat: auf keinem andern politischen Gebiet wird mit größerer Ausdauer der Klassenkampf gekämpft werden bzw. ist er bisher gekämpft worden, als auf dem Gebiete der Gemeindepolitik. Es ist der politische Tageskampf im kleinen, der für seine Verfechter nicht immer angenehme Stunden bietet und große Namen bringt, der aber im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung geführt werden muß.

In dem Protokoll des Parteitags zu Bremen 1904, auf dem über die Kommunalpolitik, leider nicht ergiebig genug, verhandelt wurde, heißt es an einer Stelle: „Die Gemeinde im heutigen Staate ist ein Verwaltungskörper, der den sozialen Bedürfnissen einer an eine begrenzte Oertlichkeit gebundenen Bevölkerung dient; sie ist zugleich Hilfsorgan der staatlichen Verwaltung." Von diesem zutreffenden Satz aus bieten sich den sozialdemokratischen Vertretern in den Gemeinden große Aufgaben, von denen in diesem Aufsatz einige der wichtigsten berührt werden sollen.

Gegenwärtig ist viel von der Vergesellschaftung (Sozialisierung) der Betriebe die Rede, und in manchen Kreisen ist über das Wie und Wann noch Unklarheit vorhanden. Auch die Gemeinde bildet gewissermaßen einen Betrieb, der wieder in soundsoviele Unterbetriebe zerfällt. **Diesen Betrieb** oder zunächst Teile desselben zu vergesellschaften oder, wie es in der Gemeindepolitik heißt, **zu kommunalisieren**, „aus privatkapitalistischen Händen zu entfernen und den Ertrag des Unternehmens allen Gemeindemitgliedern gleichmäßig zugute kommen zu lassen, war bisher eine der wichtigsten Aufgaben, die von seiten sozialdemokratischer Gemeindevertreter zu lösen versucht wurde. In dieses Gebiet gehören vor allem: das gesamte Verkehrswesen, die Versorgung der Gemeinden mit Gas und Elektrizität, sowie die gesamte Lebensmittelversorgung. Letzteres Gebiet, vor dem Kriege von der Gemeindeverwaltungen weit von sich gewiesen, „weil nicht zu ihrer Zuständigkeit gehörend", dürfte namentlich in großen Gemeinden mit zahlreicher Industriearbeiterschaft zum dauernden Bestandteil kommunaler Tätigkeit sich auswachsen. Es sei nur ganz kurz auf die Errichtung von Gemeindebäckereien und -schlächtereien hingewiesen. In diesen genannten Zweigen der Gemeindeverwaltungen sind überall Anfänge gemacht und ist zum Teil im Sinne der Kommunalisierung schon manches geleistet. Ist nicht alles Wünschenswerte bisher erreicht, so deshalb, weil die bisherige Gesetzgebung einzelnen Ortsangehörigen ein Uebergewicht über die Gesamtbevölkerung gab und nach diesem Gesichtspunkt auch die Gesamtinteressen der Gemeindemitglieder behandelt wurden.

Die Gesamtbevölkerung einer Gemeinde wird bei der **Kommunalisierung ihrer Einrichtungen eigener Unternehmer.** Dies schließt in sich, daß sie durch die Gemeindevertreter soziale Verpflichtungen zu erfüllen hat gegenüber den Arbeitern, die in und für Rechnung der Gemeinde in den Gemeindebetrieben tätig sind. Es ist daher Fürsorge zu treffen für eine ausreichende Existenz in Gestalt zu vereinbarender fester Löhne für einen bestimmten Zeitpunkt (Tarifverträge). Bei solchen Abmachungen ist den von der Gemeinde beschäftigten Arbeitern und ihren gewerkschaftlichen Vertretungen das weitgehendste Mitberatungsrecht einzuräumen. Notwendig wird hierbei sein, der Arbeiterschaft klaren Einblick in die Finanz- und Steuerlage der Gemeinde sowie Aufschluß über die veranschlagten und erzielten Erträge zu geben, um sie auf demokratischem Wege von Maßnahmen zu überzeugen, die notwendig sind. Es wird in der Folgezeit die gewissenhafteste Aufgabe der Gemeindevertreter sein müssen, durch offene und klare rechnerische Aufmachungen den bei einer Gemeinde Beschäftigten zu zeigen und — sie zu überzeugen, daß Lohn und sonstige Kosten des Produkts zu den Gesamtkosten desselben in gewissem Einklang stehen müssen.

Es ist ferner Fürsorge zu treffen für Kranken-, Unfall- und Alters- und Invalidenversicherung für die im Gemeindedienst beschäftigten Arbeiter, und zwar über den Rahmen hinaus, wie dies heute seitens des Reichs der Fall ist. In dem Kommunalprogramm Bremen 1904 wird gefordert, daß die Pensionseinrichtungen der Gemeinden, soweit solche bestehen und den Charakter der Freiwilligkeit tragen, in ein festes Verhältnis mit Rechtsanspruch umgeändert werden. Spätere Aufgabe der Gesetzgebung und weiterer Kreise aus der kommunalpolitischen Tätigkeit dürfte es sein, das bisherige Kommunalbeamten- und Kommunalbesoldungsgesetz unter Einschluß der seßhaften Gemeindearbeiter einer Revision zu unterziehen.

Recht erheblich sind die Aufgaben, die den Gemeindeverwaltungen auf dem Gebiete des Gesundheitswesens zustehen. Namentlich in kleineren Gemeinden sieht es auf diesem Gebiete noch vielfach arg aus. Ausreichende Versorgung mit gesundem Trinkwasser, die ordnungsmäßige Abfuhr der Fäkalien, vor allem der Bau von Krankenhäusern müssen, wenn einzelne Gemeinden zu gering an Bevölkerung sind, im Wege des gemeinsamen Zusammenwirkens mehrerer Gemeinden oder mit Hilfe des Kommunalverbandes erstrebt werden. Dasselbe gilt in noch höherem Maße für zwei der augenblicklich wichtigsten Gebiete: der **Wohnungs- und Siedlungsfrage.** Hierbei wird die Mitwirkung der staatlichen Stellen nicht entbehrt werden können, welchen von den zukünftigen Gemeindevertretern entsprechende Anregungen zu geben sein werden. Der Errichtung oder dem besseren Ausbau der Badeanstalten, der Turn- und Spielplätze für die heranwachsende Jugend ist die größte Beachtung zu schenken, weil diese Einrichtungen geeignet sind, zur körperlichen Ertüchtigung der Jugend beizutragen.

Als Krönung hierzu kommt die sittliche und geistige Erziehung unserer heranwachsenden Generation in Gestalt gut geleiteter, mit bewährten Lehrkräften besetzter Schulen. Nach dem Kommunalprogramm verlangen wir die **Einheitsschule**, die Möglichkeit des Aufstiegs bei besonders begabten Schülern und Schülerinnen, um diesen Wege zu öffnen, die ihnen früher unter dem Klassencharakter der Schule verschlossen blieben.

Alles in allem bilden die Gemeinden mit ihren vielgestaltigen und weitverzweigten Aufgaben das Fundament, auf dem sich ein demokratisches und sozialistisches Staatswesen entwickeln kann.

Es wird daher ganz von der Vertretung in den einzelnen Gemeinden abhängen, in welcher Gangart diese Entwicklung vor sich gehen wird. Deswegen auch das Geschrei unserer Gegner, welche diese Entwicklung fürchten, weil sie ihre Interessen aus nächster Nähe angreift. Ein Grund mehr für uns, **in den Wahlkampf, die für die Gemeinden festgesetzt werden, auf dem Posten zu sein.**

An die Parteigenossen und -Genossinnen des Bezirks!

Die Wahlen zu den Nationalversammlungen für das Reich und für Preußen haben weit höhere Unkosten verursacht, als wir vorausgesetzt haben. Es sind deshalb noch viel Ausgaben zu decken. Wir bitten daher die Genossen dringend, die freiwilligen Sammlungen noch fortzusetzen, um auch unsererseits einen größeren Teil der Kosten zu decken. Von der Hauptkasse haben wir bereits einen so hohen Zuschuß erhalten, daß es unsere Pflicht ist, auch selbst eine größere Summe durch Sammlungen aufzubringen.

Wir sind überzeugt, daß die Genossen Verständnis für die Notwendigkeit weiterer Sammlungen zeigen und sich darum gern der Sammlung widmen werden.

Der Bezirksvorstand.
J. A.: R. Drescher.

Lokales und Provinzielles.

Halle, 14. Februar 1919.

Ein neuer Wahlschwindel zur Stadtverordnetenwahl oder was sonst???

Unter den Magistratsbeamten und Angestellten zirkuliert das Gerücht, daß in der geheimen Sitzung, welche nach Schluß der letzten Stadtverordnetensitzung stattgefunden hat, von seiten der bürgerlichen Parteien für die Magistratsbeamten und Angestellten eine Gehaltserhöhung beantragt worden sei. Die sozialdemokratischen Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung hätten gegen diesen Antrag gestimmt.

Dieses Gerücht ist unwahr!

Der Sachverhalt ist folgender: Der Direktor Paulsen von Elektrizitätswerk kündigte seine Stellung, weil ihm eine Stelle mit 15000 Mark pro Jahr angeboten war. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß, das Gehalt des Herrn Direktor in Anbetracht seiner Fähigkeit auf 13000 Mark pro Jahr zu erhöhen, ausschließlich der üblichen Teuerungszulagen. Hierfür stimmten auch die Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie Gröbel und Gerig. — Außerdem schlug ein bürgerlicher Stadtverordneter vor, eine allgemeine Erhöhung der Gehälter der Magistratsbeamten und Angestellten vorzunehmen. Alle Stadtverordneten waren im Prinzip dafür. Es wurde aber beschlossen, die Erledigung dieses Antrages der neuzuwählenden Stadtverordnetenversammlung zu überlassen.

Die Sache roch eben zu sehr nach Wahlagitation. Wir Sozialdemokraten brauchen solche Manöver für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung nicht. Wir Mehrheitssozialisten sind stets konsequent und tatkräftig für die Interessen der Beamten und im besonderen für die Interessen der unteren oder mittleren Beamten und der Hilfskräfte des Magistrats eingetreten und werden dies auch für die Zukunft tun. War es doch die Sozialdemokratie, die bei der Beratung des Antrages des Sozialen Ausschusses und des Antrages von Prof. Steinbrück auf Erhöhung der Gehälter der städtischen Bureauhilfsarbeiter des Magistrats und der im Wahlbureau, Gr. Berlin, beschäftigten Hilfsarbeiter beantragte, über die vom Sozialen Ausschuß vorgeschlagenen Sätze von 1 Mark für männliche und 50 Pfennige pro Tag für weibliche Hilfskräfte hinauszugehen.

Die Beamten und Angestellten des Magistrats ersuchen wir, sich durch solche Manöver nicht irre machen zu lassen und am Tage der Wahl Mann für Mann für die **„Liste Kleis"**, die Liste der **Alten sozialdemokratischen Partei**, zu stimmen.

Da auf dieser Liste zwei Magistratsbeamte kandidieren, so ist die Gewähr gegeben, daß die wirtschaftlichen Interessen der Magistratsbeamten und Angestellten wirklich vertreten werden.

„Deutsch-national."

Unter eigenartigen Bedingungen lädt die Deutsch-nationale Volkspartei Wähler und Wählerinnen von Halle zu dem von Herrn Dr. Schiele zu haltenden Vortrage: „Fragen der Gemeindepolitik" ein. Sie gestattet den Zuhörern das Recht zu, Fragen zu stellen und verpflichtet sich, solche Fragen zu beantworten. Warum gewährt sie nicht freie Aussprache, unter Umständen mit Beschränkung der Redezeit?

Was verstehen übrigens die Einberufer unter „nationalen" Wählern? Wer gehört nicht dazu? National könnte man etwa mit „völkisch" oder „volkstümlich" übersetzen. Deutsch-nationale Volkspartei wäre also etwa eine deutsch-völkische Volkspartei. Früher sprach man gern den Sozialdemokraten, den Freisinnigen und dem Zentrum nationales Empfinden ab. Soll das jetzt noch damit ausgedrückt werden? Die Einberufer hätten doch besser getan, sich bestimmter auszudrücken. Wir Sozialdemokraten gehen nicht mit unserem nationalen Empfinden hausieren und benutzen das nationale Stichwort nicht als Werbemittel. Aber wie das deutsche Volk über unser völkisches Gefühl denkt, das hat es am 19. und 26. Januar bewiesen. Die Sorge für das Wohlergehen des deutschen Volkes haben stets, in der Zukunft so, wie es in der Vergangenheit war, unser Leitstern sein. — r.

* **Schiebungen im hallischen Soldatenrat.** Die Hallische Ztg. berichtete gestern unter obiger Ueberschrift, daß vom Soldatenrat Schiebungen mit Leinen- und Körperstoffen vorgekommen worden seien und dabei sollen einzelne Mitglieder des S.-R. 80 000 Mk. in ihre Taschen lanziert haben. Der Soldatenrat sendet darauf der Hall. Ztg. eine Richtigstellung, in der es heißt, daß die Sache zum Teil nicht den Tatsachen entspricht, daß wohl Verkäufe von Leinen- und Körperstoffen seitens des S.-R. stattgefunden haben, daß dies aber im vollen Einverständnis des Reichsverwertungsamts Berlin geschehen sei und daß Käufer die hiesige Altkleiderverwertungsstelle gewesen ist. Richtig ist, daß der Beamtenstellvertreter **Rosenberg** ohne Wissen des Vorstandes einen Posten Köper an eine Zivilperson verkauft und eine unsinnige Provision in die Tasche gesteckt hat. Der Soldatenrat selbst hat mit dieser Schiebung einer Einzelperson nichts zu tun; Rosenberg ist verhaftet worden und der Soldatenrat betont, daß er jede Verfehlung seiner Mitglieder scharf verfolgen und bekämpfen wird.

*

Ich habe mein Amt als Militärbevollmächtigter und Vorstand der Militärkommission des Soldatenrats bis zur Beschlußfassung durch den noch zusammentretenden weiteren Soldatenrat niedergelegt, da ich es mit meiner Ehre nicht vereinbaren kann, mit Leuten zusammenzuarbeiten, denen man den Vorwurf ehrenrühriger Handlungen macht, wie heute in der Abendausgabe der Hallischen Zeitung veröffentlicht wird. Mich trifft keiner dieser Vorwürfe. Meine Dienstgeschäfte werde ich bis auf weiteres provisorisch weiterführen. Ferchland,
Militärbevollmächtigter des Soldatenrats.

Merseburg. Arbeitszeit in den offenen Geschäftsräumen. Die achtstündige Arbeitszeit ist jetzt fast überall durchgeführt, nur in den städtischen Bureauräumen und in den offenen Geschäftsräumen läßt die Einführung noch vielfach zu wünschen übrig. — Da aber auch bei dem hier in Betracht kommenden Personal der Wille vorhanden ist, ebenfalls durchzusetzen was recht ist, ist es schließlich sehr interessant, in welcher Weise die hamburgische Konsumentenkammer Vorschläge an den Wirtschaftsrat zu Hamburg gemacht hat. Diese lauten: Die Konsumentenkammer steht nach genauer Abwägung aller Gründe und Gegengründe auf dem Standpunkte, daß die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit resp. 48stündige Wochenarbeitszeit in den offenen Verkaufsstätten durchaus möglich ist, daß sie aber von einer Neuregelung der Verkaufszeit begleitet sein muß. Arbeitszeit und Verkaufszeit müssen gleich oder annähernd gleich sein, da sonst die achtstündige Arbeitszeit eine einseitige Bevorzugung der Geschäfte ohne angestelltes Personal bedeuten würde. Daß sich die Verbraucher an eine kürzere und für die einzelnen Branchen gleichmäßige Verkaufszeit schnell gewöhnen, hat die Kriegszeit bewiesen. Jetzt dürfte die Durchführung einer solchen Verkaufszeit noch um so weniger Schwierigkeiten machen, als inzwischen in fast allen gewerblichen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit eingeführt und diese auch vielfach eine durchgehende ist, so daß die Angestellten und Arbeiter früher als sonst nach Hause kommen, aber auch im andern Falle den Arbeitern, wenn sie von der Arbeitsstätte kommen Gelegenheit zu geben, ihre Bedürfnisse zu decken. Im Interesse der Konsumenten und letzten Endes auch den Angestellten, die kein Interesse an der Schädigung der Konsumgenossenschaften und der Förderung unkontrollierbarer, jeden sozialen Charakters entkleideten Zweiunternehmungen haben können, wäre es zu begrüßen, bald energisch Wandel darin zu schaffen.

Weißenfels. Parteiversammlung. Am Sonnabend, den 8. Februar fand im „Roten Löwen" eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung statt. Der Vorsitzende Genosse Kiesel sprach zunächst über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen die nunmehr bereits am 23. Februar stattfinden. Ausgehend von den Wahlen zur deutschen Nationalversammlung kam er auf die verschiedenen in Aussicht gestellten Listen zu sprechen. Eine gemeinschaftliche Liste mit der unabhängigen sozialdemokratischen Partei aufzustellen, sei aus den bekannten Gründen gescheitert. In der anschließenden Aussprache wurde von verschiedenen Rednern bemerkt, in Zukunft erst die Meinungen der Mitglieder zu hören, ehe solche Verhandlungen mit den Unabhängigen gepflogen werden. In übrigen wurde betont, daß bei einer guten Agitation eine stattliche Anzahl von Mandaten gewonnen werden können. Zur Aufstellung der Kandidaten hatten verschiedene Interessengruppen Wünsche auf Berücksichtigung geäußert. Die Liste wird demnächst veröffentlicht. Bei Punkt Presse wurde berichtet, daß die Hallesche Volksstimme auch in Weißenfels dauernd an Abonnenten zunehme, aber für die immer weitere Verbreitung die beste Agitation die von Mund zu Mund sei. Anmeldungen auf die Volksstimme werden von Frau Bach angenommen. Nachdem Genosse Kiesel noch über die zu leistende Arbeit am Tage der Wahl gesprochen und die Anwesenden zu reger Mitarbeit aufgefordert, beschäftigte man sich auf Antrag des Genossen Gärtner mit der Wahl eines Agitationsausschusses. Zum Schluß gab der Vorsitzende bekannt, daß der bereits angekündigte Vortrag bei der nächsten Mitgliederversammlung auf die Tagesordnung komme. Hierauf Schluß der sehr gut besuchten und auch anregend verlaufenen Versammlung.

Naumburg. Die Höchstmenge an Pferdefleisch, die auf den Kopf des Haushalts abgegeben werden darf, wird bis auf weiteres gemäß § 3 der Anordnung über den Verkehr mit Pferdefleisch vom 3. Februar 1919 auf 500 Gramm mit eingewachsenen Knochen oder auf 400 Gramm ohne Knochen festgesetzt.

Giesten (Kreis Delitzsch). Für den Volksbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen wurden in Giesten, Werlitzsch, Benditz, Wiedemar, Kölsa, Schweidnitz, Wilsena, Kabutz, Ennewitz, Kockwitz innerhalb der letzten acht Tage im Kreise Delitzsch über 800 Mitglieder geworben. Die Angehörigen aller politischen Parteien wollen zum Schutze unserer kriegsgefangenen Landsleute beitragen. Es ist dies geradezu vorbildlich und recht erfreulich, da ja auch unsere bedauernswerten kriegsgefangenen, deutschen Brüder allen Parteien angehören. Der Volksbund wird in Anerkennung dessen am Sonntag, den 16. d. M. im Gasthof zu Giesten eine große allgemeine Kundgebung zugunsten unserer kriegsgefangenen, deutschen Landsleute veranstalten. Es werden dabei auch einige ehemalige Kriegsgefangene aus unserer engeren Heimat über ihre Erlebnisse in sibirischer, russischer, englischer und französischer Kriegsgefangenschaft berichten. Außerdem sollen die Mitgliedskarten und die für die Kriegsgefangenen bestimmten Grußkarten zur Verteilung kommen. Jedermann ist zu dieser Veranstaltung freundlichst eingeladen.

Elstermorde. Zur Gemeindewahl. Die von der alten sozialdemokratischen Partei für den vergangenen Montag abend

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190214-18/fragment/page=0005

nach Hummels Vereinshaus einberufene öffentliche Versammlung, war von etwa 150 Männern und Frauen besucht. Die Versammlung sollte unsere Beteiligung an den Gemeindewahlen in Elsterwerda und den Nachbarorten vorbereiten. Eingeleitet wurde die Versammlung mit einer Begrüßungsansprache des Genossen Lehrer Wehner. Sodann erörterte der Referent des Abends, Genosse Gründlich-Biebla, in längeren Ausführungen die Bedeutung der Gemeindewahlen und die Aufgaben, die unsere Genossen in den Gemeindevertretungen zu erfüllen haben. Zum Schlusse seiner Ausführungen forderte der Redner zum Beitritt in den sozialdemokratischen Verein (alte Partei) auf, sowie zum Lesen und zur Verbreitung unserer Parteizeitung, der Hallischen Volksstimme, da beides wesentlichste Voraussetzungen für gute und dauernde Erfolge der Partei seien. An der folgenden Aussprache beteiligten sich die Genossen Wehner, Brüming und Kaler, sowie Genosse Hammer aus Falkenberg. Eine ganze Reihe Neuaufnahmen von Männern und Frauen in den Parteiverein sowie eine Anzahl Abonnements auf die Volksstimme bildeten den Erfolg der Versammlung. Er zeigt, daß es auch hier mit unserer Sache vorwärts geht. — Die nächste Sitzung unseres Parteivereins findet Sonnabend, den 15. Februar, abends 8 Uhr, im Vereinslokal (Hummels Vereinshaus) statt. In ihr wird die Kandidatenaufstellung unserer Partei zu den Gemeindewahlen stattfinden. Auch neu aufzunehmende Mitglieder sind dazu eingeladen. — Am Sonntag den 16. Februar, wird Genosse Arbeitersekretär Kleeis-Halle im zweiten öffentlichen Versammlungen unser Gemeindeprogramm entwickeln, und zwar vormittags 11/11 Uhr in Biebla in Engelmanns Gasthof und nachmittags 2 Uhr in Elsterwerda in Hoppenz Gesellschaftshaus. Genosse Kleeis ist durch seine langjährige gewerkschaftliche Tätigkeit sowie durch seine Kandidaturen zur deutschen und preußischen Nationalversammlung ja auch hier wohl bekannt, so daß auf einen guten Besuch der Versammlungen zu rechnen ist.

Kreiskonferenz des Kreises Wittenberg-Schweinitz.

Am 9. Februar tagte im Lokal zur Linde in Klein-Wittenberg eine Konferenz. Es waren 22 Orte vertreten. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über die stattgefundenen Wahlen, Referent Genosse Schlemm. 2. Die bevorstehende Gemeindevertreterwahl und Stellungnahme. Referent Genosse Dahn. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt nahm Genosse Schlemm das Wort und gab ein anschauliches Bild von dem Wahlergebnis im Kreise Wittenberg-Schweinitz, ermahnte die Anwesenden nicht die Hände in den Schoß zu legen, sondern immer in emsiger Tätigkeit zu bleiben damit die Vorteile der Partei auch erhalten bleiben und noch vermehrt werden. Der Vortrag wurde von allen Anwesenden mit großem Beifall aufgenommen. Eine rege Aussprache folgte und im allgemeinen kam in einer Resolution der Gedanke zum Ausdruck, die bisherige, daß es notwendig wäre, eine geeignete Person mit den laufenden Geschäften zu betrauen, beziehentlich anzustellen. Für diesen Posten wurde Genosse Schlemm vorgeschlagen. Zum zweiten Punkt sprach Genosse Dahn, er erläuterte in längeren Ausführungen die Bedeutung der Wahl und forderte zu reger Beteiligung und Agitation auf. Ferner erläuterte Genosse Dahn die Handhabung der Wahl und die Beschaffenheit der Stimmzettel. Für die Stadt Wittenberg ist eine Einigung in der Weise zustandegekommen, eine gemeinsame Liste zur Stadtverordnetenwahl aufzustellen. In Pistrik kam keine Vereinigung zustande. Diese scheiterte an dem unerhörten Verlangen, daß wir geschlossen zur U. S. P. übertreten sollten. Dieses kindliche Ansinnen wurde von unseren Genossen selbstverständlich abgewiesen. In Wittenberg soll eine gemeinschaftliche Versammlung zur Stadtverordnetenwahl stattfinden. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten fand die anregende Konferenz ihren Schluß. Alle Teilnehmer waren von ihrem Verlaufe voll befriedigt.

Aus dem Reiche.

Dessau. In der letzten Sitzung der Stadtverordneten gab der Stadtverordnete Benz (Soz.) der Ansicht in Arbeiterkreisen Ausdruck, daß es ein Skandal sei, daß der frühere Oberbürgermeister Dr. Ebeling für die von ihm begangenen Lebensmittelschiebungen nicht zu fassen sei. Es sei nicht zu verstehen, daß ein Disziplinarverfahren zur Untersuchung im Amte begangener Schiebungen nur deswegen unmöglich sein soll, weil das Entlassungsgesuch von der Stadtverordnetenversammlung genehmigt worden sei. Das Rechtsgefühl des Volkes könne sich damit nicht abfinden. Die Folgen dieser falschen Entscheidung seien weder für die Richter wie für die Stadtverordneten angenehm, denn man verdächtige diese des Einverständnisses mit Ebeling. Stadtverordnetenvorsteher Dr. Cohn erwiderte, die Entscheidung des Disziplinargerichts sei ein Mißgriff. Die Wiederaufnahme des Verfahrens könne aber nur im Wege eines neuen Gesetzes erreicht werden. Es müsse ein entsprechender Antrag im Landtag gestellt werden.

Sondershausen. Um der Wohnungsnot zu steuern, beschloß der Gemeinderat die Gründung einer Baugenossenschaft, die von der Stadt finanziell unterstützt werden soll. Außerdem sollen öffentliche Gebäude und Kasernen zur Linderung der Wohnungsnot in Anspruch genommen werden.

Meerane. Zum erstenmal sind jetzt vier unbeamtete, der sozialdemokratischen Fraktion angehörende Stadträte ins Ratskollegium eingezogen. Der Posten des Stadtverordnetenvorstehers wurde gleichfalls durch einen sozialdemokratischen Stadtverordneten besetzt.

Mittweida. Der Vorstand der Ortsgruppe der unabhängigen sozialdemokratischen Partei fordert seine Anhänger und Freunde auf, bei der Stadtverordnetenwahl die sozialdemokratische Liste zu wählen, um eine reaktionäre Mehrheit zu verhindern.

Aue. In der ersten Sitzung des neuen Stadtverordnetenkollegiums, in der Gewerkschaftssekretär Ziegler einstimmig als Vorsteher gewählt wurde, beseitigte man sofort die bisherige bürgerliche Mehrheit im Rate, indem an Stelle von drei ausscheidenden und zwei verstorbenen Stadträten fünf Sozialdemokraten, darunter vier Stadtverordnete, als unbesoldete Ratsmitglieder gewählt wurden, denen nur noch vier bürgerliche Stadträte gegenüberstehen.

Dresden. Pockenerkrankung. In den letzten beiden Wochen sind 5 und 34 Fälle an Pockenerkrankung vorgekommen, womit eine Gesamtsumme von 264 Fällen erreicht ist. Die Zahl der Todesfälle beträgt 21.

Güstrow. Aenderung der Stadtverfassung. Die Bürgerausschußsitzung beschäftigte sich Januar 1919 mit einem vom Arbeiter Diesenbach eingebrachten Antrag betreffend Aenderung der Stadtverfassung. Danach soll dem Magistrat nicht mehr das Recht der Beschlußfassung zustehen, sondern nur noch das Recht der Kontrolle, sowie die Vorbereitung der Vorlagen und die Ausführung derselben. Dahingegen soll die Beschlußfassung einzig und allein Sache des Bürgerausschusses sein. Obgleich die Berechtigung dieses Antrages allseitig anerkannt wurde, hielt man ihn doch mit Rücksicht auf die zu erwartende neue Stadtverordnung für verfrüht und lehnte ihn zurzeit ab.

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

(1. und 2. Februar 1919 in Berlin.)

Nach Mitteilungen des Auswärtigen Amtes werden vier Vertreter der Gewerkschaften zu den Friedensverhandlungen zugezogen werden.

Am 8. März soll eine internationale Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam stattfinden.

Beim ersten Punkt der Tagesordnung „Die Gewerkschaften während der Revolutionszeit“ bespricht Legien zunächst Versuche zur Ausschaltung und Vergewaltigung der Gewerkschaften wie in Bremen und Hamburg. Werde irgendwo die Neuwahl der Ortsverwaltung durch fremde Elemente erzwungen, so sei die Anerkennung durch die Zentralvorstände zu versagen. Das Rätesystem sei keine leistungsfähige Organisation es zersplittere die Einheit des Berufszweiges und mache den Lohn von der Rentabilität des Einzelbetriebes abhängig.

Alle bisherigen Gesetze der Solidarität des Eintretens gerade für die Schwächeren und ungünstiger Gestellten hören hier auf: jeder nimmt für sich, was er irgend kann. Vielleicht empfehle es sich, die gewerkschaftlichen Grundgesetze in die Reichsverfassung aufzunehmen. Die Erörterung bewegte sich fast durchgehends in gleicher Richtung; im Baugewerbe lehnt man sogar mit größeren Vollmachten ausgerüstete Arbeiterausschüsse ab. Von anderer Seite wurde die Schwierigkeit der Eingliederung der Arbeiterräte zwar nicht verkannt, aber empfohlen, die vielfach tüchtigen Elemente möglichst unmittelbar für die Gewerkschaften nutzbar zu machen.

Der Vertreter des Bergarbeiterverbandes erblickt in den vorgeschlagenen Arbeitskammern für den Bergbau ein zweckmäßiges Mittel, die durcheinanderlaufenden Strömungen in den Bergrevieren auf bestimmtere Ziele hinzuleiten. Im Steindruckgewerbe, das zu ¾ auf Export angewiesen ist, haben die Arbeiterräte durch ihre wilden Lohntreibereien geradezu eine tolle Verwirrung angerichtet.

Beim Punkt „Arbeitslosenunterstützung und Beschäftigungsmöglichkeiten“ schilderte Tarnow-Bach seine Berliner Erfahrungen als Leiter der kommunalen Fürsorgeorganisation. Täuschungen sind bei der Inanspruchnahme der Gemeindehilfe nichts Seltenes, andererseits sind aber auch viele Berichte über annehmbare Beschäftigungsangebote und deren Zurückweisung übertrieben und unbegründet. Immerhin wurde all ettig der tatsächliche Rückgang der Arbeitsleistung zugestanden und bedauert. Die Frage Legiens, wie sich die Gewerkschaften hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützung weiterhin verhalten sollen, wurde allgemein dahin beantwortet, daß diese nicht eingeschränkt oder aufgehoben werden könne. Ob die Beziehen von Erwerbslosenunterstützung Beitrag zu zahlen haben, bleibt bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse weiter den einzelnen Verbänden überlassen.

Leipart berichtet über die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft. Ein gewisser Widerstand hat sich zu regen begonnen, weil manche Unternehmer die Mitontrolle der Gewerkschaften zu weitgehend finden. Ferner möchten viele Unternehmer die Arbeitskammergedanken in der Zersetzung verschwinden lassen, weil das paritätische Zusammenwirken in Arbeitsstreitsachen das höhere Ziel darstelle und deshalb nicht beeinträchtigt werden dürfe. Demgegenüber haben die Gewerkschaftsvertreter stets betont, daß sie auf den öffentlich-rechtlichen Boden, den sich auch die Arbeitskammern erhalten, nicht verzichten können. Bei vielen Zweigen schreite zudem die Bildung der Fachgruppen und -ausschüsse sehr lang am fort. An die Stelle Schlicks, der das Arbeitsministerium in Württemberg übernahm, wurde schließlich Cohen-Berlin gewählt.

Weiter nahm die Konferenz einen Protest gegen die Zurückhaltung deutscher Kriegsgefangener an.

Auf Anregung von Thomas und Leipart wird eine Kommission gewählt, die ein Aktionsprogramm für die Gewerkschaften und die Sozialen für den Bund der deutschen Gewerkschaften ausarbeiten soll; auch die Sozialisierungsfrage soll von ihr behandelt werden.

Dem Protest der Redner gegen die Art der Inanspruchnahme der deutschen Handelsflotte durch die Entente schließt sich die Konferenz nicht an. Ein Antrag der Holzarbeiter in Stuttgart, von der Nationalversammlung die gesetzliche Festlegung eines Minimallohnes zu fordern, wird abgelehnt; ebenso die Gewährung von Kinder-Teuerungszulagen an die Angestellten der Generalkommission.

Volkstümliche Hochschulkurse.

Von Professor Dr Paul Menzer.

In den schweren Tagen der das deutsche Volk durchstehen muß, sucht die Hoffnung nach Anzeichen, die eine bessere Zukunft zu versprechen scheinen. Sie fehlen auch wohl trotz vielfacher Enttäuschungen nicht so ganz, vor allem haben viele unter uns schon deutlich begriffen, daß nur eine Erneuerung unseres inneren Wesens einen neuen Aufstieg unseres Volkes herbeiführen kann. Bei Lösung dieser Aufgabe darf niemand, der seinen Vaterlandsgenossen etwas zu geben hat, müßig bleiben wir müssen das, was wir an geistigen Gütern besitzen, freigebig und gern mitteilen. Von einem solchen Geiste fühlen sich auch unsere Universitäten angetrieben, wenn sie mehr als früher durch ihre Vertreter zum Volk zu sprechen suchen, wie dies auch in unserer Stadt vielfach geschehen ist. Diese Bemühungen dienten vor allem dem Zwecke, [illegible] den Gegenwart an der politischen Erziehung und Bildung unseres Volkes mitzuarbeiten. [illegible] klar darüber, daß noch mehr geschehen müsse. Volkstümliche Hochschulkurse wurden seit längerer Zeit geplant und nun hat in diesen Tagen der Senat unserer Universität beschlossen, daß die Universität von sich aus diese Pläne verwirklichen solle. Damit wird nun auch in unserer Stadt ein Gedanke zur Durchführung gebracht, der zuerst in England und Amerika, dann aber auch in Deutschland und besonders in Deutsch-Oesterreich seit Jahren schon gewirkt und wertvolle Resultate gezeitigt hat. Er entspringt aus der Ueberlegung, daß es unserem durch die zunehmende Arbeitsteilung in die verschiedensten Berufe gespaltenen Volke immer mehr an einer gemeinsamer Bildung fehle. Besonders erschien es notwendig, der arbeitenden Bevölkerung, deren Leben im Zeitalter des fabrikmäßigen Großbetriebes so viel an inneren Werten verloren hat, einen reicheren Lebensinhalt zu geben. Wie der Arbeiter im Zusammenhang des modernen Kulturlebens einer der wichtigsten Faktoren für die Schaffung der Kulturgüter ist, so hat er auch einen Anspruch darauf, an ihnen mehr als bisher teilzunehmen. Die so entstehende Aufgabe kann nun vor allem die Wissenschaft erfüllen als die große Vermittlerin dessen, was Menschen auf allen Gebieten des geistigen Schaffens in Kunst und Philosophie, Wissenschaft und Technik erzeugt haben. Es gilt einen Vereinigungspunkt herzustellen, an dem die heute einander so fremd und feindlich gegenüberstehenden Klassen sich verstehen können. Für jeden, der nach des Tages Last und Mühe und aus der Eintönigkeit des Berufslebens heraus nach einer Erleichterung seiner Seele lechzt, soll Nahrung geboten werden. Zweifelnden soll es gesagt, daß solch Bedürfnis in der Seele des einfachsten Menschen nicht fehlt und daß seine Befriedigung zu einem schönen und reichen Erleben führt. So werden sich diese volkstümlichen Kurse, wie ihr Name sagt, an alle, die möchten möglichst vieles etwas geben.

Soll ein solches Unternehmen eine tiefere Wirkung ausüben, so muß es vom Geiste echter Wissenschaft getragen sein. Deshalb sollen nicht nur flüchtige Anregungen in Einzelvorträgen gegeben, sondern ein abgerundetes Gebiet der Wissenschaft soll in einer Vortragsreihe behandelt werden. Neben den Fragen, die sich jeder denkenden Seele aufdrängen, neben künstlerischen Anregungen sind es besonders die Lehre und Ergebnisse der Naturwissenschaften und ihre Anwendung auf das Leben in der Technik, die gewiß lernbegierige Zuhörer finden werden. Gerade die hochentwickelte, an die einfachste Verwertung der Maschine gebundene moderne Industrie drängt so überaus zu Fragen, die über die bloße praktische Anwendung zu wissenschaftlicher Einsicht führen.

Von diesen Ueberzeugungen geleitet und in der Hoffnung, für ihre Bemühungen Verständnis zu finden, werden noch in diesem Monat volkstümliche Hochschulkurse beginnen, in denen die Herren Professoren Abderhalden über „Grundlagen der Ernährungs- und des Stoffwechsels“ Waeckold über „Die neue Kunst“, Waentig über „Arbeiterstaat und Arbeiterbewegung in den wichtigsten Kulturländern vor dem Kriege“, Mie über „Elektrizität und Magnetismus“ sprechen werden. An sechs Abenden sollen diese Themen behandelt werden, der Eintrittspreis ist auf eine Mark für alle ein einzelnes Thema behandelnden Abende bemessen. Das Nähere enthalten besondere Anzeigen.

Hoffnungsfreudig gehen wir Universitätslehrer an dies Werk, das der Volkserziehung im schärfsten Sinne des Wortes gewidmet ist. Unsere Universität ladet alle Stände ein, an den höchsten Gütern teilzunehmen die ihr anvertraut sind, damit sie durch sie zu einem Strom des Lebens in den Seelen der Menschen werden.

Gewerkschaftliches.

Der Verband Deutscher Buchdrucker hatte am 1. Januar d. J. einen Vermögensbestand von 12 502 906,16 Mk. gegen 12 483 540 67 Mark am 1. Oktober 1918. Durch die große Arbeitslosigkeit, die zur Zeit im graphischen Gewerbe herrscht und fortwährend noch im Steigen begriffen ist, wird dieses große Vermögen einer modernen Arbeitergewerkschaft wohl eine wesentliche Minderung erfahren. Am 1 Februar d. J waren in Leipzig z. B. 1153 Verbandsmitglieder arbeitslos.

Streik der Holzarbeiter in Magdeburg. Gestern morgen legten in etwa 20 Betrieben annähernd 400 Bau- und Möbeltischler die Arbeit nieder. Der Grund ist Nichtbewilligung von Lohnforderungen.

Parteinachrichten.

Der Verband sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Bayerns, Geschäftsstelle München, Agnesstraße 20/IV, bittet bestehende sozialistische Lehrerverbände, ihm Namen, Ort des Verbandes, Vorstandschaft Geschäftsstelle und Mitgliederstand mitteilen zu wollen. Statuten, Programme, Flugblätter wären sehr erwünscht.

Die sozialdemokratische Fraktion des sächsischen Landtages hielt am Dienstag in Dresden eine Sitzung ab, in der eine allgemeine Aussprache über die künftigen Aufgaben der Landespolitik und die Arbeit in der Volkskammer stattfand. In den Fraktionsvorstand wurden gewählt: Sindermann-Dresden, Wirth-Dresden und Fröhnert-Dresden als Vorsitzende; ferner gehören dem Fraktionsvorstand an die Genossen Langer-Chemnitz, Uhlich-Dresden, Wöster-Leipzig, Müller-Zwickau und Felisch-Chemnitz.

Eingesandt.

Tiefstand der Gesinnung.

Der Dienstagabend in den Germaniasälen war wieder einmal ein Beweis dafür, daß es den meisten Menschen nicht möglich ist, unpersönlich, rein sachlich zu diskutieren. Besonders die Art und Weise, wie ein Demokrat gegen Herrn Professor Waentig auftrat, zeugt von dem Tiefstand der Gesinnung einzelner Menschen. Diese Kampfesweise war man bisher nur bei der Wahlpropaganda der Deutschnationalen Volkspartei gewöhnt. Um so erstaunlicher ist es, daß der Redner ein Vertreter der Demokratie zu sein vorgibt. Neben ihm wirkte da ja der Vertreter der Deutschnationaler direkt harmlos. Verwunderlich ist die fast allgemeine Verständnislosigkeit, mit der man Herrn Professor Waentig als wissenschaftlichen Sozialisten begegnet. Trotzdem aus seinen Ausführungen stets klar hervorgeht, daß er nicht der sozialdemokratischen Partei als solcher und ganz gewiß nicht den Unabhängigen das Wort redet, wurde er in der Diskussion fast ausschließlich als Vertreter der Unabhängigen hingestellt. Hätte jemand sich die Mühe genommen, dem Debut des Referenten bei den Vertretern der Gewerkschaften am Montag abend im Volkspark beizuwohnen, so hätte er mit Leichtigkeit ein klares Urteil über Herrn Prof. Waentigs Stellungnahme zum Sozialismus bilden können, der ihm als Grundlage zum Wiederaufbau des nationalen Staates erscheint. H.

Bekanntmachung.

Auf Grund des Gesetzes vom 14. 12. 18 betr. Ablieferung von Heeresgut (RGBl. 1918 Nr. 181) und der vom Minister des Innern hierzu ergangenen Ausführungsanweisungen vom 28. 12. 18, sowie den Verfügungen des Reg.-Präs. zu Merseburg vom 8. 1. u. 4. 2. 19 wird für den Stadtkreis Halle bestimmt:

1. Jede Person, die sich unbefugt im Besitze von Heereswaffen und Heeresmunition befindet, hat dieselben bis spätestens 15. Februar 1919 bei ihrem zuständigen Polizeirevier oder bei einer militärischen Dienststelle der hiesigen Garnison abzuliefern. Die Sammelstellen geben über die Zahl und Art der abgelieferten Stücke Empfangsbescheinigungen aus.

2. Alles sonstige noch im Besitze unbefugter Personen befindliche Heeresgut, nämlich: Gelder der Heeresverwaltung, Kraftfahrzeuge, Zubehör und Betriebsstoffe, Pferde oder sonstige Reit- und Zugtiere, Vieh, Hunde, Fahrzeuge, Geschirre, Flugzeuge, Motore usw., Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände, Lebens- und Futtermittel, Rohstoffe usw. sind bis zum 15. Februar 1919 bei der vorgesetzverwaltung, Abt. A, mit der äußeren Aufschrift „Betrifft Heeresgut“ unter genauer Angabe der Adresse schriftlich oder mündlich, aber nicht durch Fernsprecher, anzumelden. Ueber die Ablieferung erfolgt dann in jedem Einzelfalle nähere Anweisung.

3. Wer der unter Ziff. 1 angeordneten Ablieferung bezw. der unter Ziff. 2 angeordneten Anmeldung rechtzeitig nachkommt, bleibt für eine etwaige vor der Ablieferung oder Anmeldung begangene, den abgelieferten Gegenstand betreffende unbefugte Aneignung straffrei.

4. Nach Ablauf des 15. Februar 1919 werden in allen Fällen, in denen der Verdacht vorliegt, daß aus den Beständen der Heeresverwaltung stammende Waffen, sowie Heeresgut und -gerät nicht abgeliefert ist, Durchsuchungen vorgenommen werden.

5. Wer sich nach Ablauf des 15 Februar 1919 noch unbefugter Weise im Besitze von Gegenständen der in Ziff. 1 und 2 bezeichneten Art befindet, wird, sofern er nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen wegen der unbefugten Aneignung etwa bereits verwirkten [illegible] des § 9 des Gesetzes v. 14. 12 18 wegen Unterlassung der [illegible] mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

6. Die den gleichen Gegenstand betreffende Bekanntmachung vom 16. 1. 19 wird aufgehoben.

Halle, den 13. Februar 1919.

Für den R.- und S.-Rat: **Die Polizeiverwaltung.**

Fr. K. Reiwand.

Bekanntmachung.

Verkehr mit Seifen, Seifensulvern und anderen fetthaltigen Waschmitteln: Feinseife und Seifenpulver dürfen nur abgegeben werden gegen Ablieferung des für den laufenden oder nächstfolgenden Monat gültigen, das abzugebende Waschmittel bezeichneten Abschnittes der amtlichen Seifenkarte. Hiernach ist der Betrieb von fetthaltigen Waschmitteln im Hausierhandel verboten.

Bei erlaubter Abgabe an den Selbstverbraucher dürfen die festgesetzten Höchstpreise nicht überschritten werden; sie betragen:

1. Bei Kernseife und sonstiger Seife in schnittfester Form, mit Ausnahme von Feinseife, mit einem Gehalt an Fettsäure von:
a) 58 und mehr vom Hundert 8 Mk. für 1 Kilogramm, b) 50—57 vom Hundert 7,50 Mk. für 1 Kg., c) 40—49 v. H. 6 Mk. für 1 Kg., d) 30—39 v. H. 4,70 Mk. für 1 Kg., e) 20—29 v. H. 3,25 Mk. für 1 Kg., f) unter 20 v. H. 1,30 Mk. für 1 Kg.

2. Bei Feinseife einschl. Packung 12 Mk. für 1 Kilogramm.

3. Bei Schmierseife, mit Ausnahme der nach § 2 Abs. 3 in Kraft treten abgegebenen Kokosseife, mit einem Gehalt an Fettsäure von a) 38 und mehr vom Hundert 5,20 Mk. für 1 Kilogramm, b) 30—37 v. H. 4,65 Mk. für 1 Kg., c) 20—29 v. H. 3,20 Mk. für 1 Kg., d) 10—19 v. H. 1,30 Mk. für 1 Kg., e) unter 10 v. H. 0,85 Mk. für 1 Kg.

Halle, den 10. Februar 1919.

Für den R.- und S.-Rat: **Die Polizeiverwaltung.**

Reiwand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519190214-18/fragment/page=0006